

Jahresbericht 2023

Bund der Vertriebenen



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3	2.2	Projekte, Beratung, Haupt- und Ehrenamt.....	21	
1. Veranstaltungen und Termine/Schwerpunkte	5	2.2.1	Projektbetreuung und Koordinierung	21	
1.1 Zentrale Veranstaltungen.....	5	2.2.2	Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer (MBE)	21	
1.1.1	Jahresempfang des BdV in Berlin: 28. März 2023	5	2.2.3	Ehrenamtliche Betreuung	23
1.1.2	Zentraler Auftakt zum Tag der Heimat: 26. August 2023	7	2.2.4	Seminare für Multiplikatoren im Ehrenamt	23
1.1.3	Kranzniederlegung an der Ewigen Flamme in Berlin: 26. August 2023	11			
1.2 Verständigungs- und bildungspolitische Veranstaltungen	12				
1.2.1	„Schicksale Deutscher in Workuta“: 3. Mai 2023	12	3	Wanderausstellungen	24
1.2.2	„Erst gerufen, dann verstoßen: Das Schicksal der „Sowjetdeutschen“: 7. Juni 2023	12;	3.1	Zusammenfassung des Ausstellungsjahres.....	24
1.2.3	„Verlorene Dörfer in Masuren – eine Spurensuche“: 23. Oktober 2023	12	3.2	Stationen der Ausstellungen.....	25
1.3 Weitere Termine	13				
1.3.1	Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. 20. Juni 2023	13	4	Grundsatzfragen, Jugendarbeit, Zeitzeugen	26
1.3.2	Anhörung zur BVFG-Änderung im Bundestag: 13. November 2023	15	4.1	Grundsatzfragen.....	26
1.4 Sitzungen der Organe	16	4.2	Jugendarbeit.....	26	
1.4.1	Präsidium	16	4.3	Zeitzeugen.....	27
1.4.2	Bundesausschuss in Berlin: 28./29. März 2023	16			
1.4.3	Bundesversammlung in Berlin: 25. August 2023	16	5	Verständigungs- und Bildungspolitik	28
1.5 Ehrungen	18	5.1	Verständigungs- und Bildungspolitik.....	28	
1.5.1	Ehrenplakette des BdV an Dr. Christoph Bergner	18	5.2	Bildungspolitik.....	28
1.5.2	Plakette „Pro Meritis“ an Christian Knauer	19			
2 Aufnahme und Integration	20	6	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	29	
2.1 Spätaussiedler	20	6.1	Allgemeines	29	
2.1.1	Statistik	20	6.2	DOD – Deutscher Ostdienst	29
2.1.2	Bewertung und Lösungsansätze	20	6.3	Online-Präsenz und Social Media	31
			7	Zentrale Aufgaben	31
			7.1	Haushalt und Organisation.....	31
			7.2	Vertriebenen- und aussiedlerspezifische Anfragen.....	31
			7.3	Datenschutz.....	32
			7.4	Korruptionsprävention.....	32
			8	Organe und Mitglieder des Verbandes	33
			8.1	Präsidium.....	33
			8.2	Bundesausschuss.....	33
			8.3	Bundesversammlung	34
			8.4	Kontaktdaten der Landesverbände.....	35
			8.5	Kontaktdaten der Landsmannschaften.....	36
			8.6	Außerordentliche Mitgliedsverbände.....	37
			9	Impressum	37

Einleitung

Gegen Ende des vom Deutschen Reich ausgelösten Zweiten Weltkrieges und danach wurden rund 15 Millionen Deutsche aus ihrer Heimat im damaligen Ostdeutschland und in den Siedlungsgebieten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa vertrieben. Bis heute kamen und kommen außerdem fast fünf Millionen Aussiedler und Spätaussiedler aus diesen Gebieten sowie aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland.

Der „BdV – Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.“ ist der einzige repräsentative Verband, der die fortwährend aktuellen Anliegen dieser Menschen bzw. ihrer Nachkommen unabhängig von einer Mitgliedschaft in ihrer Gesamtheit vertritt. Daher kommt dem BdV eine herausragende Bedeutung zu.

Mit dem vorliegenden Jahresbericht dokumentiert der BdV die vielfältigen Aufgabenfelder, in denen er im Jahr 2023 satzungsgemäß unter dem Leitwort „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“ im Berichtszeitraum tätig gewesen ist.

Schon im Vorjahr, 2022, war durch den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine deutlich geworden, dass Krieg, Gewalt und Zerstörung fast zwangsläufig zu massenhafter Flucht, zur Vernichtung von Lebensgrundlagen und zu furchtbarem Leid führen. Angesichts eines Krieges in Europa und des Leids der ukrainischen Zivilbevölkerung sahen sich von Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg betroffene Menschen mit alten, häufig verdrängten Erinnerungen und sogar Traumata konfrontiert.

Im Jahr 2023 galt es daher aus Sicht des BdV, die leider immer wieder zu beobachtenden Parallelen zwischen damals und heute sowie zwischen sämtlichen kriegerischen Auseinandersetzungen und ihren Folgen noch stärker herauszustellen. Der russische Angriffskrieg mit seinen Auswirkungen war daher regelmäßig Thema in den Veranstaltungen des Verbands. Darüber hinaus wurden die Kontakte zur deutschen Minderheit in der Ukraine weiter gestärkt und die Spendenaktion „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“ fortgesetzt. Insgesamt über 80.000 Euro konnten hier eingeworben werden und wurden insbesondere zur Linderung der Not in den Kriegsregionen eingesetzt. Besondere Höhepunkte im Jahreskreis waren dementsprechend die Würdigung der Arbeit des BdV durch Bundeskanzler Olaf Scholz MdB beim Jahresempfang sowie das emotionale Grußwort des ukrainischen Botschafters in Deutschland, Oleksii Makeiev, anlässlich des Tags der Heimat.

Viele der besonderen Schwerpunktthemen des Jahres hingen direkt oder indirekt mit dem Krieg in der Ukraine zusammen. So galt es, eine Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) im Bereich der Spätaussiedleraufnahme zu fordern, zu begleiten und eilig voranzubringen, da eine restriktive Rechtsprechung und eine entsprechend angepasste Entscheidungspraxis des Bundesverwaltungsamtes (BVA) sich auch auf Spätaussiedlerbewerber in der Ukraine und in der russischen Föderation auswirkte, wo der Vertreibungsdruck seit Kriegsbeginn besonders angestiegen war. Die gesetzliche Neuregelung wurde Ende des Jahres in Kraft gesetzt. Außerdem gerieten flüchtende Angehörige der deutschen Minderheiten in Gefahr, ihren Anspruch auf Aufnahme als Spätaussiedler zu verlieren, wenn sie sich kriegsbedingt mehr als sechs Monate lang in Deutschland oder in den Staaten Europas in Sicherheit gebracht hatten, weil ihnen in diesem Fall eine Wohnsitzaufgabe im Aussiedlungsgebiet unterstellt wurde. Hier konnte bis Jahresende trotz mit der BVFG-Änderung eingeführter Regelungsmöglichkeiten noch keine Verbesserung erreicht werden.

Umgesetzt wurde 2023 der Härtefallfonds der Bundesregierung für Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Fälle aus der Ost-West-Rentenüberleitung. Der BdV brachte sich hier aktiv in die Sitzungen des Beirats beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) ein und tauschte sich immer wieder über praktische Fragen mit der „Stiftung Härtefallfonds“ aus, die mit der Durchführung beauftragt wurde. Außerdem wurde eine Vielzahl an Beratungen zum Thema geleistet und zahlreiche fälschlich beim BdV eingegangene Anträge Betroffener an die richtige Adressatin weitergeleitet.

Inhaltliche Schwerpunkte der Arbeit des BdV blieben überdies:

- Brückenfunktion der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler und ihrer Verbände zu den europäischen Nachbarn sowie Verständigung und Austausch mit den/ Unterstützung der deutschen Minderheiten in den Heimatgebieten.
- Sicherung, Pflege und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler: Dieses ist integraler Bestandteil des nationalen Kulturerbes aller Deutschen. Daher bleibt es ein gesamtgesellschaftliches Anliegen, die überwiegend in den Gliederungen des BdV tätigen Kulturträger in ihrer Arbeit zu unterstützen.
- Bildungspolitischer Auftrag: Vermittlung von geschichtlichem Wissen zu Flucht und Vertreibung zur Entwicklung und Stärkung des Bewusstseins und als Mahnung gegen Kriege, Flucht und Vertreibung.

- Interessenvertretung der Aussiedler und Spätaussiedler: Hier stehen insbesondere sozialpolitische Fragen wie die Altersarmut, aber auch Fragen der Eingliederung und gesellschaftlicher Akzeptanz im Fokus. Gerade zur Integration von Spätaussiedlern, aber auch Migranten in unsere bundesdeutsche Gesellschaft leistet der BdV mit der Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte einen wichtigen Beitrag.

Der BdV und seine Gäste



1. Veranstaltungen und Termine/ Schwerpunkte der Arbeit

1.1 Zentrale Veranstaltungen

1.1.1 Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen in Berlin: 28. März 2023

Zum ersten Mal sprach Bundeskanzler Olaf Scholz MdB beim Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen, der am Dienstag, dem 28. März 2023, in der Katholischen Akademie Berlin – Hotel Aquino Tagungszentrum stattfand.

In seinen Begrüßungsworten erklärte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, mit der Ansprache des Bundeskanzlers werde „eine großartige Tradition“ wieder aufgenommen, denn der Jahresempfang sei in der Vergangenheit „eine feste Größe in den Terminkalendern unserer Kanzler“ gewesen, die Anwesenheit des Kanzlers beim BdV in diesen bewegten Tagen in ein besonderes Licht.

Bundeskanzler Scholz: Deutliches Bekenntnis zur Unterstützung des BdV

In seiner Rede zeichnete Olaf Scholz Bilder des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine mit Gewalt, Zerstörung, Flucht, großem menschlichen Leid und Wladimir Putins neo-imperialistischem Machtwahn. Diese verband er kontrapunktisch mit den Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg und dessen Folgen für Deutschland und Europa und ordnete das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen und die Arbeit des BdV darin ein.

Fast 14 Millionen Ukrainer seien derzeit auf der Flucht und hätten sich im Heimatland, aber auch in der Europäischen Union in Sicherheit gebracht, rund eine Million davon in Deutschland. Für deren Not, deren Heimatverlust und deren Ankunft in der Fremde hätten gerade die Vertriebenen und Spätaussiedler großes Verständnis. Mit großer Empathie würden sie den Betroffenen helfen – egal, ob in der Migrationsberatung oder über Spenden- und Hilfsaktionen „in enger Zusammenarbeit mit den deutschen Minderheiten in der Ukraine, Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien“. „Sie sind wahre Brückenbauer“, so der Bundeskanzler an die Adresse der Selbstorganisationen der Minderheiten und den BdV gerichtet. „Dafür sage ich Ihnen von ganzem Herzen: Vielen Dank!“

Das heutige Engagement der Vertriebenen und ihrer Verbände zeige, dass sie schon früh „die richtigen Schlüsse aus der Geschichte gezogen“ hätten. Dafür stehe auch die „wegweisende Charta der Heimatvertriebenen“ mit ihrer Zielsetzung eines geeinten Europa, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können und somit der Basis „Ihrer Versöhnungsarbeit in Europa bis heute und in Zukunft“.



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius begrüßt Bundeskanzler Olaf Scholz MdB beim Jahresempfang.

© bundesfoto/BdV

„Deshalb möchte ich mich hier ganz ausdrücklich zur Unterstützung des Bundes der Vertriebenen und seiner Versöhnungsarbeit bekennen. Dazu zählt, die Kultur und die Geschichte der Deutschen aus den ehemaligen Siedlungsgebieten im östlichen Europa lebendig zu halten“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz wörtlich und setzte damit das Maß, an dem der BdV und seine Gliederungen die Bundesregierung wohl zukünftig messen werden.

BdV-Präsident Fabritius: „Arbeiter der Verständigung mit den östlichen Nachbarn“

Wie wichtig aber die Ausgestaltung solcher politischen Botschaften ist, zeigte sich kurz in der Frage des im November 2022 durch die Bundesregierung aufgelegten Härtefallfonds auch für rentenrechtlich benachteiligte Spätaussiedler. Der Bundeskanzler bewertete diesen als „Lückenschluss“ im Rahmen einer empfundenen Ungerechtigkeit, wenngleich er auch Verständnis sowohl für das Schicksal der Betroffenen als auch für die Kritik an der Auszahlungshöhe äußerte. BdV-Präsident Fabritius hingegen hatte in seiner Begrüßungsrede deutlich erklärt, dieser Härtefallfonds sei „kein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit“, denn er schließe nur Spätaussiedler ein, lasse Aussiedler außen vor und halte „mit engen Stichtagsregelungen diese Zielgruppe klein“. Der BdV werde sich weiterhin für „lange überfällige Anpassungen des Fremdrentengesetzes einsetzen“, zumal 2023 „erstmalig die völlige Angleichung zwischen Ost- und Westrenten Wirklichkeit geworden“ sei.

Diese Haltung beim Thema Rentengerechtigkeit deckte sich mit dem von Dr. Fabritius formulierten „Anspruch, mehr als



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius begrüßt den CDU-Vorsitzenden und CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden, Friedrich Merz, un

nur sogenannte „Verbandspolitik“ zu betreiben. Vielmehr vertrete der BdV „eine geschichtsbewusste Sicht auf die Zukunft“ und verstehe sich als „Arbeiter der Verständigung“ mit den östlichen Nachbarn, so der BdV-Präsident. Zentral sei dabei der Austausch mit den dortigen deutschen Minderheiten, das gemeinsame Engagement für ein friedliches und geeintes Europa, die – auch grenzüberschreitende – Arbeit an der Kultur- und Brauchtumspflege sowie die Aufnahme und Eingliederung von Spätaussiedlern in Deutschland.

Wie eng die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg sei, zeigt sich auch in der Spendenaktion „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“. Fabritius dankte für rund 80.000 Euro Spendenaufkommen beim BdV und den Mitgliedsorganisationen und erklärte, dass ein Großteil des Geldes bereits zielgerichtet eingesetzt worden sei. Im Rahmen der Veranstaltung überreichte er dem Vorsitzenden des Rates der Deutschen der Ukraine, Wolodymyr Leysle, einen symbolischen Scheck über weitere 10.000 Euro für die vom Krieg betroffenen und notleidenden Landsleute.

Aktuell drängende Probleme gebe es in der Spätaussiedleraufnahme, betonte Dr. Fabritius. Seit etwa einem Jahr würden immer mehr Anträge auf Anerkennung abgelehnt, weil Antragsteller irgendwann in Zeiten des sowjetischen Unrechts nicht mehr der deutschen Minderheit, sondern der Mehrheitsgesellschaft zugeschrieben wurden. Dies werde nunmehr „massenhaft und schematisch vom BVA als Ablehnungsgrund bemüht“, obwohl es sich vielfach eindeutig um Landsleute handele. Daher sei es gut, dass die Bundesinnenministerin, Nancy Faeser, „im Deutschen Bundestag eine Gesetzesänderung zugunsten der Antragsteller so deutlich in Aussicht gestellt“ habe und dass auch die Bundesbeauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik MdB, sich dieser Bereitschaft angeschlossen habe. Pawlik war zum zweiten Mal persönlich beim BdV-Jahrempfang anwesend.

Viele prominente Gäste beim Jahrempfang

Herzlich willkommen hieß der BdV-Präsident außerdem erstmals den Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich



Ein Scheck über 10.000 Euro Spendengelder wird an den Vorsitzenden des Rates der Deutschen der Ukraine, Wolodymyr Leysle überreicht.

© bundesfoto/BdV

Merz, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Andrea Lindholz, den Vorsitzenden der zuständigen soziologischen Gruppe der Fraktion, Christoph de Vries, sowie rund 30 Abgeordnete der Unions-Fraktion, denen Fabritius für dieses deutliche Zeichen der Verbundenheit mit dem BdV und seinen Anliegen dankte. Von der SPD begrüßte er insbesondere Rita Hagl-Kehl MdB, die auch Mitglied des BdV-Präsidiums ist. Aus den Landtagen waren etwa Andreas Hofmeister, Vorsitzender des Unterausschusses für Heimatvertriebene und Spätaussiedler im Hessischen Landtag, sowie der Sprecher der CDU-Landtagsfraktion in Niedersachsen für Vertriebene und Aussiedler, André Bock, anwesend.

Seitens der Bundes- und Länderministerien begrüßte Fabritius stellvertretend die Landesbeauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf aus Hessen, Dr. Jens Baumann aus Sachsen und Heiko Hendriks aus Nordrhein-Westfalen. Eine große Delegation der Vertreter der deutschen Minderheiten aus den Nachbarländern war ebenfalls vor Ort. So waren neben Wolodymyr Leysle aus der Ukraine u.a. der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Minderheiten (AGDM) in der FUEN, Bernard Gaida, aus Oppeln der Vorsitzende des Verbandes der sozial-kulturellen Gesellschaften der Deutschen in Polen (VdG) und Präsident des Oppelner Regionalparlamentes, Rafał Bartek, aus Rumänien der Vorsitzende des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien, Prof. Dr. Paul-Jürgen Porr, und der Vorsitzende der Michael-Schmidt-Stiftung, Michael Schmidt, aus Russland die erste Vizepräsidentin des IVDK und Herausgeberin der Moskauer Deutschen Zeitung, Olga Martens, aus Kasachstan der Vorsitzende der Stiftung Wiedergeburt, Senatsmitglied Yevgeniy Bolgert, aus Kirgistan der langjährige Vorsitzende der deutschen Volksgruppe, Valerij Dill, sowie aus Dänemark der Vorsitzende des Bundes deutscher Norschleswiger, Hinrich Jürgensen, anwesend. Zu den weiteren prominenten Gästen zählten der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Dr. Nikola Eterović, etliche weitere Vertreter des Diplomatischen Corps, darunter die Botschafter Rumäniens und Ungarns, sowie der Erzbischof von Berlin, Dr. Heiner Koch, der Vizepräsident des Zentralrates der Juden, Mark Dainow, und der Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe, Prälat Dr. Karl Jüsten.

1.1.2 Zentraler Auftakt zum Tag der Heimat in Berlin am 26. August 2023

Unter dem Leitwort „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“ kamen am 26. August 2023 zahlreiche deutsche Heimatvertriebene, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler – Vertreter der Erlebensgeneration und ihre Nachkommen – sowie Partner aus dem Bereich der deutschen Minderheiten, aus Politik, Diplomatie, Kultur und Gesellschaft zur zentralen Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin zusammen.

Die historische Kirche der französischen Hugenotten-Flüchtlinge in Berlin war erneut ein würdiger Ort für die Ansprachen, deren Reigen BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius eröffnete. Tags zuvor war Fabritius mit hervorragender Mehrheit erneut zum Präsidenten gewählt worden und startete mit dem Festakt in seine fünfte Amtszeit.

Dr. Bernd Fabritius: „Arbeit des BdV bleibt unverzichtbar – es ist noch so viel zu tun“

Mit Blick auf das Geschehen in der Ukraine betonte er die Aktualität des Leitwortes: Angesichts des unseligen Krieges Russlands suche man mit dem Leitwort „den unmittelbaren Bezug zu dieser Tragödie und verleihe damit auch der Hoffnung auf ein baldiges Ende der Gewalt in einem unserer europäischen Nachbarländer Ausdruck.“ Tausende Tote seien Tausende Tote zu viel. Das Leitwort sei „keine zufällige Parallele zwischen dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem, was heute in der Ukraine geschieht“, sondern „eine bewusst gewählte Mahnung, die gerade auch diese Assoziation“ fordere.

Fabritius würdigte gleich zu Beginn seiner Rede, dass sich mit Oleksii Makeiev kein Geringerer als der Botschafter der Ukraine in Deutschland die Ehre gab und im Anschluss an die Festrede eine sehr persönliche Ansprache halten sollte. Mit Wolodymyr Leysle, Vorsitzender des Rats der Deutschen der Ukraine, sowie Bernard Gaida, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEN, begrüßte der BdV-Präsident zwei weitere Persönlichkeiten, deren Wirken für die Ukraine und insbesondere die dortige deutsche Minderheit segensreich sei. Den Festredner Peter Beuth, Hessischer Minister des Innern und für Sport, begrüßte Dr. Fabritius herzlich als frischgebackenen „Träger der Verdienstmedaille des BdV-Landesverbands Hessen, mit der Sie im Juni ausgezeichnet wurden“. Sein „offenes Ohr“ für die Belange der Vertriebenen sowie deren Projekte habe „sich über die Grenzen Hessens hinaus herumgesprochen“.

„Krieg und Vertreibung bedeuten generationenübergreifende Traumatisierungen“

Wie bereits im Jahr zuvor, drückte der Krieg Russlands gegen die Ukraine auch der Ansprache des Präsidenten seinen Stempel auf: große Anteilnahme für die Flüchtenden, tief sitzende Emotionen, die erneut geweckt wurden, die Gefahr der



© Bundesfoto/BdV

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius bei seiner umfassenden politischen Bestandsaufnahme zum Tag der Heimat.

generationenübergreifenden Traumatisierung, die dieses Kollektivverbrechen hervorrufe. „Gerade wir, denen das Schicksal der aus dem Kriegsgebiet flüchtenden Menschen wie ein höhnisches Déjà-vu der Geschichte unter die Haut geht – gerade wir stellen uns die Frage: Werden diese Menschen als über längere Zeit Entwurzelte jemals wieder in ihr früheres Leben zurückkehren können? Wiederholt sich Geschichte, wie wir sie aus der Mitte des letzten Jahrhunderts kennen?“, sagte Fabritius, um erneut deutlich ein internationales, strafbewehrtes Vertreibungsverbot zu fordern.

Bei all dem Leid müsse bewusst auch an die deutschen Minderheiten gedacht werden – sowohl in der Ukraine als auch in der Russischen Föderation. Für beide Volksgruppen bringe die aktuelle Situation massive Einschränkungen und Unsicherheit bezüglich der eigenen Zukunft. Den Hilfen, die der BdV bereits geleistet hat, habe auch Bundeskanzler Olaf Scholz beim Jahresempfang im Frühling Dank und Respekt gezollt.

Umfassende politische Bestandsaufnahme

Der BdV habe „sich immer wieder dafür eingesetzt, dass die jeweilige Bundesregierung ihre aus der Geschichte resultierende Verantwortung gegenüber diesen Volksgruppen annimmt und sie in ihr politisches Handeln einbezieht“, so Fabritius und nahm im Folgenden eine umfassende Bestandsaufnahme der politischen Situation und Anliegen vor.

Unter den Stichworten „Probleme bei der Spätaussiedlerauf-



Dr. Bernd Fabritius (l.) mit dem Botschafter der Ukraine in Deutschland, S.E. Oleksii Makeiev (r.).

nahme“, „Gegenbekenntnis in Personenstandsurkunden“, „Altersarmut durch Fremdrentenrecht“ und „Härtefallfonds“ sprach der BdV-Präsident Themen an, die vor allem die Spätaussiedler gegenwärtig hart treffen: „Gerade da sehen wir als Bund der Vertriebenen derzeit großen Nachholbedarf.“

Er kritisiert die massiven Verfahrensverschlechterungen, die seit Mitte letzten Jahres in großem Umfang zur Ablehnung der Spätaussiedler-Anträge führen und fragte: „Sind neuerdings ehemalige sowjetische „Behörden“, die einem Antragsteller vor Jahrzehnten im kommunistischen Unrechtsstaat Sowjetunion eine russische oder kasachische oder wie auch immer geartete Volkszugehörigkeit in Geburtsurkunde oder Pass eingetragen haben, für die deutsche Verwaltungspraxis der Maßstab für Rechtsstaatlichkeit und für eine freie Entscheidungsbildung?“ Die angekündigte Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) müsse jetzt kommen und das Problem „Gegenbekenntnis“ ein für alle Mal abräumen.

Das Engagement des Bundes der Vertriebenen sei auch gefordert, wenn es um die Ungerechtigkeiten im deutschen Rentenrecht gehe, die das Gerechtigkeitsempfinden der Aussiedler und Spätaussiedler massiv belaste. Eine geringe pauschale Einmalzahlung aus einem Härtefallfonds honoriere keinesfalls die Lebensleistung der Betroffenen. „Statt hier anzusetzen und dringend notwendige Rechtsanpassungen vorzunehmen, wird nun mit dem Härtefallfonds Augenwischelei betrieben“, verdeutlichte Fabritius.

Zum Schluss seiner Ansprache würdigte der BdV-Präsident das dieses Jahr 70-jährige BVFG als Erfolgsgeschichte. Es sei die konsequente politische Umsetzung dessen, was bereits in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 als Forderungen der Vertriebenen und Flüchtlinge zu ihrer Eingliederung in die Nachkriegsgesellschaft angelegt sei. Konkret ging er auf den sogenannten Kulturparagrafen 96 ein. Dessen Aufträge seien laut Gesetzestext der Kulturerhalt „im Bewusstsein des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes“, die wissenschaftliche Erforschung sowie die „Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen und Flüchtlinge“.



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (l.) begrüßt den Hessischen Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth MdL (r.).

Es bleibe offen, wie die aktuellen Kürzungen im Bereich der Kulturarbeit, „die uns auch im kommenden Jahr belasten werden, abgedeckt werden können“. Man habe bereits das Gespräch mit der amtierenden Kulturstatsministerin Claudia Roth gesucht und ihr „unsere auf die Zukunft ausgerichtete Kulturarbeit vorgestellt“. Auch oder gerade hier sei der BdV als Verband gefragt, um die Notwendigkeit der Förderung im Bewusstsein der Politik weiter zu verankern.

Peter Beuth: „BdV gehört zu den bestaufgestellten Fachverbänden Deutschlands“

Der hessische Minister für Inneres und für Sport, Peter Beuth MdL, stellte in seiner Festrede die Bedeutung des BdV als zuverlässiger Partner in der Förderung der Gedenk- und Kulturarbeit heraus. Der BdV gehöre „zu den bestaufgestellten Fachverbänden in Deutschland“. Deshalb habe man in Hessen politische Vorhaben in der Vertriebenenpolitik stets „im Dialog – man kann sagen im Schulterschluss – mit dem BdV umgesetzt“. Diese Förderung sei von höchster Bedeutung, um die Geschichten und Schicksale der deutschen Heimatvertriebenen an die nachfolgenden Generationen weitergeben zu können. Gerade Jugendliche und junge Erwachsene könnten sich so mit diesem Thema auseinandersetzen. Auch ein digitales Angebot für Schülerinnen und Schüler in Verknüpfung mit der digitalen Lernplattform des hessischen Bildungsministeriums würde sehr gut angenommen. Das Schicksal der Vertriebenen sei „ein wichtiger Teil unserer Geschichte. Es muss daher auch ein wichtiger Teil unseres Geschichtsunterrichts in Deutschland sein“. Die Beiträge der Heimatvertriebenen für die Entwicklung Deutschlands und für ein vereinigtes Europa müssten anerkannt werden. Der Minister unterstrich dies mit dem bekannten Zitat Bundeskanzler Helmut Kohls: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.“ Beuth dankte im Namen der hessischen Landesregierung den vielen Ehrenamtlichen für die vielfältige Gedenk- und Kulturarbeit sowie für den Dialog, die Aussöhnung und die Verständigung mit den europäischen Nachbarn.

„Die Ukraine darf nicht fallen!“

Die Arbeit des BdV ist und bleibe angesichts der weltweit

steigenden Flüchtlingszahlen und dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine weiter hochaktuell. „Die Folgen des Ukraine-Krieges werden noch viele Generationen nach uns spüren“, so der Minister. Der Krieg sei ein historischer Zivilisationsbruch an den Toren Europas. Beuth dankte dem ukrainischen Botschafter, dass sich das ukrainische Volk dem russischen Angriff so massiv entgegenstelle und den Frieden und die Freiheit Europas damit verteidige: „Wir wünschen Ihnen Erfolg bei der Verteidigung Ihrer Heimat! Die Ukraine darf nicht fallen! Sie muss diesen Krieg gewinnen!“ Wenn man Frieden und Freiheit in Europa erhalten bzw. wiederherstellen wolle, müsse Deutschland handeln und sich besser vorbereiten im Hinblick auf seine Verteidigungsfähigkeit. Nur so könne den Geißeln der Menschheit, Krieg und Vertreibung, zumindest in Europa, Einhalt geboten werden.

Die Folgen des Krieges, von Flucht und Vertreibung seien für die Ukrainer noch lange zu spüren. Mehr als ein Drittel von ihnen habe die Heimat verlassen müssen. „Wer seine Heimat verliert, erleidet nicht einfach nur irgendeinen Verlust, sondern den größten, den man sich vorstellen kann“, so Beuth. Das wisse man im BdV nur zu gut. Viele nach Deutschland geflüchtete Ukrainer werden nach dem Ende des Krieges zurückkehren können, einige werden sicher auch bleiben und in Deutschland eine neue Heimat finden. Beide Gruppen aber eine das Gefühl des Heimatverlusts, des Verlustes „eines Stücks der Seele“, bis ans Ende ihres Lebens.

„Angemessene Anerkennung der Leistung der Heimatvertriebenen“

Auch die deutschen Heimatvertriebenen hätten dies damals erleben müssen. Heute seien sie ein fester Bestandteil der Gesellschaft, sie gehören zu Deutschland mit ihren Schicksalen, ihrer Identität, ihrem kulturellen Erbe. Der Minister konstatierte in Dankbarkeit, dass die heutigen demokratischen Werte und der Wohlstand auf der erfolgreichen Integrationsleistung der Heimatvertriebenen fußten, das Land profitiere bis heute davon.



Die historische Kirche der französischen Hugenotten-Flüchtlinge in Berlin war erneut ein würdiger Ort für die Ansprachen zur Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat (l.).

Die Arbeit der Vertriebenenverbände sei daher politisch und finanziell angemessen zu fördern. Gerade die Kürzung der Mittel durch den Bund im Bereich der Kulturförderung seien daher „das völlig falsche Signal“. Die wichtige Kulturarbeit sei damit in Gefahr, auch hinsichtlich des kleiner werdenden Zeitzeugenkreises. Gleches gelte für die Kürzung bei der Migrationsberatung, die angesichts der weiterhin hohen Flüchtlingszahlen ebenfalls völlig unverständlich sei. Man habe den Heimatvertriebenen so viel zu verdanken, dass sie es verdient hätten, politisch angemessen vertreten zu werden und eine staatlich wertschätzende Förderung durch Bund und Länder zu erhalten.

Schon in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen, die heute noch „Keimzelle und Richtschnur des BdV, Manifest der Menschlichkeit und der Versöhnung“ sei, hätten sich die Vertriebenen sich für ein friedliches Europa, für unveräußerliche Menschenrechte und für die fleißige Mitwirkung am Wiederaufbau Deutschlands ausgesprochen. Eigenschaften wie „Mut, Tatkraft, Gemeinsinn, Zusammenhalt, Verantwortungsgefühl, Wertegefühl sowie die Kraft zum Dialog und zur Versöhnung“, hätten sie damals ausgezeichnet und seien auch in Zukunft wichtig für das Land, um die Stellung Deutschlands in der Welt zu wahren. Der Minister dankte abschließend dem BdV und seinen Mitstreitern nochmals für den jahrzehntelangen unermüdlichen Einsatz: „Sie sind eine starke, laute Stimme für Gerechtigkeit und Verständigung. Sie sind ein ganz wichtiger Teil unseres Landes, nicht nur heute am Tag der Heimat, sondern 365 Tage im Jahr!“

Oleksii Makeiev: „Im Krieg ist jeder Tag der ‚Tag der Heimat‘“
Mit einer sehr emotionalen Ansprache, die immer wieder von Applaus unterbrochen wurde, gewann der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Oleksii Makeiev, die Herzen der Zuhörer. Vom Heimatgedanken über die Kriegsereignisse, die seit Jahren andauernden Vertreibungs vorgänge bis hin zum Dank für die Solidarität der Deutschen stellte der 48-Jährige eine Verbindung zwischen den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und dem Leiden des geschundenen ukrainischen Volkes her.



Im Anschluss an die Veranstaltung im Inneren der Kirche folgten verschiedene muntere siebenbürgischer Tänze auf dem Platz vor der Französischen Friedrichstadtkirche

Als Diplomat verstehe er sehr genau, was Heimat bedeute, betonte Makeiev. Häufig schaue er, bedingt durch die längere Abwesenheit, aus weiter Ferne auf die Ereignisse in der Ukraine. Aber „Tag der Heimat“ in Zeiten des Krieges heißt, dass wir jeden Tag ‚Tag der Heimat‘ haben. Denn diese Heimat muss verteidigt werden.“ Es gehe darum, der ganzen Welt zu zeigen, dass dieser Krieg gewonnen werden müsse: „Das ist ein Vernichtungskrieg, und den müssen wir gewinnen.“ Makeiev, der an der Universität Kiew zum Spezialisten für internationale Beziehungen ausgebildet wurde, erinnerte daran, dass Krieg, Flucht und Vertreibung in Europa nicht erst seit dem 24. Februar 2022 herrschten: „Vertreibung gibt es in Europa schon seit neun Jahren. (...) Viele meiner Freunde aus Donezk und Luhansk haben ihre Heimatstädte seit neun Jahren nicht gesehen. Die Kinder, die damals dort geboren (wurden), kennen ihre Heimat nicht. Die Krimtataren dürfen seit neun Jahren nicht auf die Krim zurück.“ Aufgrund der russischen Invasion und Besetzung der Krim und des Donbass gab es bereits vor Kriegsausbruch 1,4 Millionen Binnenvertriebene in der Ukraine. Seit Februar 2022 hat der russisch-ukrainische Krieg eine der größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg in Gang gesetzt. Zu Beginn des Überfalls Russlands flüchteten täglich bis zu 200.000 Menschen aus der Ukraine in den Westen. Innerhalb von zwei Monaten nach Kriegsbeginn verließen rund vier Millionen Menschen das Land.

„Stolzer Botschafter eines mutigen Volkes“

Der Botschafter dankte für die „tolle Solidarität“ mit der Ukraine und den Ukrainern. Er sehe überall ukrainische Fahnen, die Deutschen hätten sehr viel gespendet, und über eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer hätten Aufnahme und Schutz in der Bundesrepublik Deutschland gefunden. Dankbar zeigte er sich für die militärische Unterstützung und insbesondere für die aus Deutschland gelieferte Flugabwehr: „Sie retten unsere Leben, und deswegen danke ich hier jedem deutschen Steuerzahler, der es ermöglicht, dass meine Mutter ruhig schlafen kann“, wandte sich Makeiev leidenschaftlich an das Publikum. Zugleich bat er um weitere Unterstützung, nicht aus Mitleid, sondern aus Bewunderung: „Ich bin heute der stolze Botschafter eines stolzen und mutigen Volkes, das kämpft.“

Für seine Ansprache bekam Makeiev stehenden Applaus. Die deutlich zum Ausdruck gebrachte Zustimmung der Vertreter der deutschen Heimatvertriebenen war sicherlich kein Ausdruck von Mitleid, sondern vielmehr von Achtung, Respekt und Dankbarkeit für den Kampf, den die Ukrainerinnen und Ukrainer nicht nur für sich, sondern auch für die Freiheit Europas ausfechten. Angesichts der eigenen Geschichte und des eigenen Schicksals war der Tag der Heimat 2023 somit auch eine Demonstration der Solidarität mit dem ukrainischen Volk.

Mit einem herausfordernden Geistlichen Wort wagte der Beauftragte der Deutschen Bischofskonferenz für die Ver-



Der Hessische Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth MdL, lobte den Bund der Vertriebenen. Der BdV gehöre „zu den bestaufgestellten Fachverbänden in Deutschland“.

triebenen- und Aussiedlerseelsorge, Weihbischof Dr. Reinhard Hauke, den Versuch, Wege aufzuzeigen, Krieg und Vertreibung als Geißeln der Menschheit zu überwinden.

Dabei zitierte er die Enzyklika „Fratelli tutti“ von Papst Franziskus, in der dieser eine weltweite „Kultur der Begegnung“ fordert, die über die „stets aneinandergeratenen Dialektiken hinausgeht“ und eine facettenreiche „Polyederbildung“ vorschlägt, die zusammen eine „nuancenreiche Einheit“ bildet. Die komplexe geometrische Figur des Polyeder steht dabei für die ganz unterschiedlichen Menschen, Kulturen und Völker, die doch zusammen mit vielen übereinstimmenden Merkmalen die Menschheit bilden. Für das gedeihliche Miteinander sei zum einen ein echtes Miteinander nötig. Zum anderen brauche es statt einer „falschen Toleranz“ einen „Realismus des Dialogs“: den „Realismus derer, die überzeugt sind, ihren Prinzipien treu bleiben zu müssen, gleichzeitig aber anerkennen, dass der andere ebenso das Recht hat, zu versuchen, den eigenen Prinzipien treu zu sein“.

Die Vertriebenen lobte Hauke für die deutlichen Botschaften der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950, insbesondere für die Absage an Rache und Vergeltung. Auch dies sei ein Prinzip, das zur Herausbildung der vom Papst geforderten brüderlichen Gemeinschaft beitrage. Denn wer vergebe, vergesse nicht. Aber „sie weigern sich, von der gleichen zerstörerischen Kraft besessen zu werden, die ihnen Leid zugefügt hat. Sie durchbrechen den Teufelskreis und (...) beschließen, die Gesellschaft nicht weiterhin mit der Rachsucht anzustecken, die früher oder später wieder auf sie selbst zurückfällt“. Wo dieser Weg konsequent beschritten wird, komme es auch zu Begegnungen wie beim Sudetendeutschen Tag 2023, wo erstmals ganz offiziell ein tschechischer Regierungsvertreter gesprochen habe.

1.1.3 Kranzniederlegung an der Ewigen Flamme in Berlin am 26. August 2023

Im Anschluss an die Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen in der Französischen Friedrichstadtkirche ließen die höchsten Staatsämter, die Bundesländer, einige Bundesparteien, der BdV, die Landsmannschaften und BdV-Landesverbände, die Kulturstiftung der deutschen Heimatvertriebenen, die AGDM sowie viele weitere gesellschaftliche Gruppen zu Ehren der Toten Kränze am Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen, der „Ewigen Flamme“ auf dem Berliner Theodor-Heuss-Platz, niederlegen.

Worte des Gedenkens sprachen der Berliner Bürgermeister, Stefan Evers MdA, als Senator für Finanzen, der Hessische Innenminister, Peter Beuth MdL, Staatssekretär a.D. Rüdiger Jakesch als Berliner Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen sowie BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius.

Bürgermeister Evers überbrachte die Grüße des Berliner Oberbürgermeisters, Kai Wegner MdA, und sagte mit Blick auf das Leitwort „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“: „Für das vielfältige Engagement des Bundes der Vertriebenen möchte ich Ihnen heute danken. Sie vertreten mit vernehmbarer Stimme die Anliegen von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern sowie deren Nachkommen. Sie setzen sich für Frieden, Menschenrechte und Versöhnung überall in Europa und der Welt ein.“ Gerade heute, angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sei sehr eindringlich zu sehen, „wie wichtig der Einsatz für Frieden und Menschenrechte, gegen Vertreibungen und Gewalt“ ist.

Minister Beuth mahnte: „Wir dürfen niemals müde werden, vor den katastrophalen Folgen von Vertreibung, Flucht und Deportation und dem menschlichen Leid, das davon verursacht wird, zu warnen, denn die Erlebnisse, Ängste und Traumata verfolgen die Betroffenen ein Leben lang oder sogar über Generationen hinweg.“ Es gelte, den Kampf gegen Vertreibungen entschlossen zu führen und den Opfern von Krieg und Vertreibungen beizustehen.

Der BdV-Landesvorsitzende Jakesch erklärte: „Heute befindet sich Europa in der Zeit des Wandels, in der unsere Werte, wie Demokratie, Solidarität, Freiheit und Frieden von großer Bedeutung sind. Und dafür setzen wir uns ein. Die Landsmannschaften, Vertriebenenverbände und die Vertriebenen wurden dazu berufen, als Mittler und Friedensstifter, zwischen uns und unseren Nachbarn in ganz Europa zu agieren.“

BdV-Präsident Fabritius betonte die Bedeutung von Erinnerungsorten wie der Ewigen Flamme: „Sie darf nie erlöschen. Diese Flamme (ist) das Bindeglied zwischen der Gegenwart und der Vergangenheit. In der Besinnlichkeit dieser Flamme (...) drückt sich die Zivilisiertheit unserer Gesellschaft aus, die um Opfer aus ihren Reihen trauert und der Kultur des Gedenkens, der Erinnerung, den nötigen Raum gibt.“ Mit Blick auf die Ukraine und die zahllosen neuen Opfer von Krieg und Vertreibung bleibe das selbstverständliche Gedenken an die eigene Geschichte und die menschenrechtswidrigen Vertreibungen gesamtgesellschaftlich notwendig.



Kranzniederlegung am Mahnmal „Ewige Flamme“ am Theodor-Heuss-Platz. Die höchsten Staatsämter, die Bundesländer, Ministerien und Mitgliedsorganisationen des BdV lassen dort alljährlich Kränze niederlegen.

1.2 Verständigungs- und bildungspolitische Veranstaltungen

1.2.1 „Schicksale Deutscher in Workuta“: 3. Mai 2023

Im Rathaus der Stadt Schwedt/Oder fand am 3. Mai 2023 ein Vortrag im Rahmen der Ausstellung „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“ statt. Die Ausstellung widmet sich einem in der Öffentlichkeit immer noch wenig bekanntem Kapitel der deutschen und europäischen Geschichte und möchte den in das Bewusstsein der gegenwärtigen Gesellschaft holen. Es geht um die Verschleppung deutscher Zivilisten und deren Internierung in Zwangsarbeitslager. Die Zahl der verschleppten Zivilisten beläuft sich auf über eine Million Menschen. Sie stammen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Jugoslawien, aber auch aus der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR. Innerhalb der Sowjetunion wurden rund 1,1 Millionen Wolga-deutsche unmittelbar nach dem Überfall durch die Wehrmacht 1941 zunächst in Gebiete östlich des Urals und später in

Zwangsarbeitslager deportiert. Im Vortrag „Schicksale Deutscher in Workuta“ wurde das Besserungsarbeitslager in Workuta thematisiert.

Im Fokus des Vortrages standen Deutsche, die aus der SBZ/DDR von der Militärjustiz verhaftet, verhört, angeklagt und zu Straflagerhaft verurteilt wurden. Eines der Lager befand sich nahe der Stadt Workuta. Dieses Lagerkomplex war eines der größten Lager im Gulag-System, in dem Systemgegner und Kriegsgefangene inhaftiert wurden. Stefan Krikowski, Vorsitzender der Lagergemeinschaft Workuta/Gulag Sowjetunion, schilderte eindrucksvoll welchem Terror und welchen Repressionen die Menschen in diesem Arbeitslager ausgesetzt waren. Er erzählte zudem die Geschichte seines Vaters, der als junger Mann in der DDR verhaftet und in das Gulag Workuta verschleppt wurde. Im Anschluss an den Vortrag fand eine rege Diskussion mit dem Publikum statt.

1.2.2 „Erst gerufen, dann verstoßen: Das Schicksal der „Sowjetdeutschen“: 7. Juni 2023

Erstens im Rahmen der Ausstellungspräsentation von „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“ luden das Stadtmuseum Schwedt/Oder und der BdV-Bundesverband Schülerinnen und Schüler der 12. Klasse zu einem Vortrag ein. Im Fokus des Vortrages standen die Geschichte sowie das Schicksal der Deutschen aus Russland. Tatjana Kohler, Doktorandin an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), gab zuerst einen chronologischen Überblick über die 250-jährige Wanderungsgeschichte der Deutschen aus Russland. Sie zählte Gründe auf, die die

Deutschen damals zur Emigration in das Zarenreich und deren Niederlassung im unteren Wolga- und Schwarzmeergebiet bewogen. Im zweiten Teil ging sie auf die Wellen der Deportationen unter Josef Stalin sowie die Internierung dieser Personengruppe in Lager ein.

Ergänzt wurde die Veranstaltung durch ein Gespräch mit einem „Ohrenzeugen“, der die Geschichte seiner Familie erzählte. Ein von Kohler eigens entwickeltes Wissensquiz sowie eine gemeinsame Begehung der Ausstellung rundeten den Vortrag ab.

1.2.3 „Verlorene Dörfer in Masuren – eine Spurensuche“: 23. Oktober 2023

Im Deutschen Bernsteinmuseum im Kloster Ribnitz fand im Rahmen der Ausstellung „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ ein Themenabend statt. Im Fokus dieser Ausstellung stehen Orte in den frühen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten wie Pommern, Ost- und Westpreußen, Schlesien sowie das Sudentenland, die im Zuge des großen Vertreibungsgeschehens von Menschen verlassen und der Vergänglichkeit sowie dem Vergessen ausgesetzt wurden. Von Tausenden einst lebendigen Dörfern und Landschaften

ist ein Großteil von der Landkarte verschwunden. Dr. Sabine Grabowski, Historikerin und Mitarbeiterin der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus, widmet sich der Erforschung sowie der Vermittlung des masurischen Kulturerbes. Im Rahmen eines deutsch-polnischen Studentenprojektes werden „verschwundene“ Dörfer anhand von Aufzeichnungen in Archiven und der noch vorhandenen Spuren erforscht. Im Rahmen des Vortrages stellte Sabine Grabowski die Resultate dieses Projektes vor.

1.3 Weitere Termine

1.3.1 Nationaler Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. 20. Juni 2023

U ihrer neunten Auflage kehrte die Gedenkstunde der Bundesregierung anlässlich des nationalen Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2023 ins „historische Berlin“ zurück. In den Kleinen Saal des Konzerthauses Berlin hatte das Bundesministerium des Innern und für Heimat Zeitzeugen von Flucht und Vertreibung am Ende und nach dem Zweiten Weltkrieg, Amtsträger des Bundes der Vertriebenen und seiner Mitgliedsverbände, Flüchtlinge heutiger Tage, interessierte Schüler und Jugendliche sowie einen Querschnitt aus gesellschaftlichen Institutionen von Kirchen über Hilfsorganisationen bis hin zu Museen und Ausstellungen eingeladen.

Innenministerin Nancy Faeser: Brücken zwischen gestern, heute und morgen

Die Bundesinnenministerin, Nancy Faeser, begrüßte die Gäste und stellte in ihrer Ansprache die Universalität des Heimatverlustes in den Mittelpunkt. Der Gedenktag für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung werde nicht zufällig am Weltflüchtlingstag begangen. Beides sei zusammenzudenken, betonte Faeser und erinnerte eindrücklich an die schwierige Zeit der Ankunft der Vertriebenen in Westdeutschland 1945 und in den Jahren danach – an das harte Aufeinandertreffen unterschiedlicher deutscher Kulturen, an Sozialneid und an Vorurteile gegenüber den Ostdeutschen.

Zugleich wies sie darauf hin, dass derzeit nach Angaben der Weltflüchtlingshilfe UNHCR rund 108 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht seien. In Europa habe der Ukrainekrieg zur größten Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. Die Schicksale damals und heute seien zwar unterschiedlich, aber die Erfahrung des Heimatverlustes, die erlittenen Traumatisierungen und die damit verbundenen Unsicherheiten und teilweise lebenslangen Folgen seien miteinander vergleichbar. Diesen Gedanken griff BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius später, in seinem Schlusswort, auf und führte ihn noch weiter: „Und wir haben – vielleicht sogar mehr als andere – den aufmerksamen und empathischen Blick für und auf die Opfer von Flucht und Vertreibung der Gegenwart, des Jetzt.“ Die Vertriebenen wüssten nur zu genau, dass Flucht und Vertreibung für jeden Betroffenen auch ein Davor und ein Danach hätten.

Innenministerin Faeser berichtete außerdem über ein „Oral-History-Projekt“ mit Schülern der Berliner Robert-Jungk-Oberschule und Zeitzeugen – ein Veranstaltungsformat, das auch früher schon in Verbindung mit dem Gedenktag stattfand und das nach der Corona-Pandemie nunmehr wieder aufgenommen wurde. Der Austausch mit den Zeitzeugen, so hätten es die Schüler später erklärt, sei nicht nur interessant, sondern auch notwendig. Manche hätten in der Vorbereitung auf die



Die Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser, während ihrer Ansprache im Konzerthaus am Gedenktag.

Veranstaltung zum Gedenktag erstmalig von Flucht und Vertreibung der Deutschen gehört. Für die Schüler standen eine Heimatvertriebene aus Pommern und ein Flüchtling aus Afghanistan als Gesprächspartner zur Verfügung, eine Kombination, die, der Ministerin zufolge, „Brücken zwischen gestern, heute und morgen“ baue und lebendige Erinnerungskultur wachsen lasse.

Christiane Hoffmann: Heimat, Verlust, Erinnerung

Im Anschluss an die Rede der Bundesinnenministerin sorgte die Journalistin und Autorin Christiane Hoffmann, die derzeit als stellvertretende Regierungssprecherin tätig ist, für einen emotionalen Höhepunkt der Gedenkstunde. Hoffmann, deren Vater aus Schlesien und deren Mutter aus Ostpreußen stammt, trug prägnante Passagen aus ihrem Buch „Alles, was wir erinnern“ vor, in dem sie ihre Entdeckungsreise auf der Fluchtohrt ihres Vaters und sehr persönliche Erinnerungen niedergeschrieben hat.

Dabei ging sie auch darauf ein, was Flucht und Vertreibung und das Zurücklassen des gesamten Lebens bedeutet: „Andere erbten Höfe, Häuser, Betriebe, die ihre Großväter gegründet, Grundstücke mit Bäumen, die ihre Urgroßväter gepflanzt hatten, erbten Tischwäsche und Silberbesteck mit Familieninitialen (...). In unserer Familie gab es nichts. Es gab keinerlei Besitz, der aus der Tiefe der Jahrhunderte kam, noch nicht einmal ein Fotoalbum, nur ein paar mühsam zusammengetragene Fotos aus dem Besitz der Schwester Deiner Mutter, die vor dem Krieg nach Franken geheiratet hatte. (...) Der einzige Gegenstand, der in unserer Familiengeschichte je eine Rolle spielte, war das Oberteil Deines Matrosenanzugs, und das existierte nur in der Erinnerung. Er symbolisierte nichts als den Verlust. Wir erbten nur diese Geschichte.“

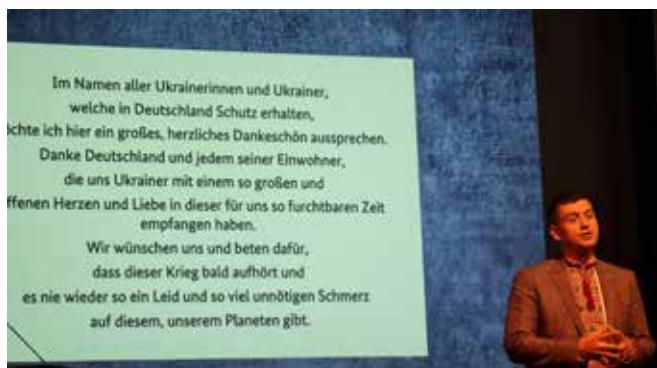
Auch das Schicksal vieler Kinder, deren spätere innere Konflikte mit der Fluchterfahrung und das darauf fußende Nicht-

Erinnern-Wollen nimmt Hoffmann eindrücklich in den Blick:
„Wenn Dein Vater von Rosenthal erzählt, blüht er auf, dann ist er fast glücklich, er kehrt zurück nach Rosenthal in seinen munteren Erzählungen, er ist wieder zu Hause. (...) Du erinnerst Dich nicht. Die ersten neun Jahre Deiner Kindheit sind ausgelöscht, Deine Herkunft ist im Dunkeln versunken, verschwunden hinter Deinem eigenen Eisernen Vorhang. So bleibt Rosenthal verloren, aber Du hast nichts verloren. Wer sich nicht erinnert, hat nichts verloren. Wer nichts verloren hat, braucht auch nicht zu trauern. Was man nicht erinnert, kann man auch nicht vermissen. Dabei ging es gar nicht um den Besitz, der Besitz war ja nicht der eigentliche Verlust, sondern das, was sie Heimat nennen, die unzähligen kleinen Vertrautheiten, die Gerüche, Farben, Bilder...“

Das auf Christiane Hoffmanns Beitrag folgende, vom aus der Ukraine geflüchteten Tenor Davyd Kadymian a cappella vorgetragene Volkslied „Hej Sokoli“ nahm diese Emotionalität auf – auch dadurch, dass Kadymian sich danach auf Ukrainisch für die Aufnahme und den Schutz sowie für den Beistand Deutschlands für die Ukraine im Krieg gegen Russland bedankte. Die weitere musikalische Gestaltung übernahmen junge Stipendiaten der Kurt-Sanderling-Akademie des Konzerthausorchesters Berlin.

Abdulaziz Ramadan: Das Schicksal in die Hand nehmen

Auch beim aus Syrien geflüchteten Kurden Abdulaziz Ramadan spürte man die Traumatisierungen, die er nach eigener Erzählung durch den Umgang des syrischen Staates mit seiner Volksgruppe erfahren hatte. Bereits die Unruhen 2004, als syrische Sicherheitskräfte in mehreren Städten brutal gegen kurdische Demonstranten vorgingen, brachten Ramadan als Studenten in Damaskus gegen das Assad-Regime auf. Unter dem Pseudonym „Xoşewîst“ verfasste er Flugblätter und organisierte ein internationales Studenten-Netzwerk, um den Kurden in Syrien und darüber hinaus zu helfen. Sein Fluchtweg führte ihn über Istanbul nach Leipzig, wo er Deutsch lernte, weiter studierte und eine Familie gründete. Nach wie vor halte er die Verbindung in seine Heimat und habe mit anderen im syrischen Quamishlo und in Deutschland den DOZ e.V., einen Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine, gegründet und aufgebaut.



Tenor Davyd Kadymian trug das Volkslied „Hej Sokoli“ vor und dankte danach auf Ukrainisch für die Aufnahme und den Schutz sowie für den Beistand Deutschlands für die Ukraine im Krieg gegen Russland.



BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius bei seinem mittlerweile schon traditionell gewordenen Schlusswort der Veranstaltung.

Ramadan betonte, dass man zum einen das Schicksal in die Hand nehmen müsse, dass aber auf der anderen Seite die Heimat und das Zuhause immens wichtig seien. Sehr bewegend schilderte er, dass er wieder unter seinem kurdischen Pseudonym „Xoşewîst“, seinem heutigen Künstlernamen, schreibe und Lyrik auf Deutsch und Arabisch veröffentlicht habe.

Fabritius: Vertreibungen sind immer Verbrechen

Zentrale Themen im Schlusswort von BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius waren die Erinnerungskultur und die Verankerung des Wissens über Flucht und Vertreibung im Gedächtnis der Nation. Die Vertriebenenverbände und die Menschen, die sie vereinten, seien dankbar für die Gesten des Gedenkens aller Bundesregierungen, denn nur so erlange auch die Vertreibung der Deutschen aus ihren Heimatgebieten ihren angemessenen Stellenwert im öffentlichen Bewusstsein. Fabritius zitierte den ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck, der auch als früher Unterstützer der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN in Erscheinung trat. Gauck hatte mehrfach betont, dass die notwendige Beschäftigung Deutschlands mit der eigenen Schuld ebenso notwendig die Beschäftigung mit dem selbst erfahrenen Leid ermöglichen müsste. Es gelte den „Schatten der Erinnerung“ abzustreifen. Daher sei es gut, so Fabritius, dass am 20. Juni der eigenen Opfer gedacht werde. „Es ist gut, dass wir in einer Zeit leben, die auf historische Wahrhaftigkeit Wert legt“, betonte der BdV-Präsident. Szenenapplaus gab es, als Fabritius seine Überlegungen zu Flucht und Ankunft der Vertriebenen damals und heute und zum Unrecht von Vertreibungen zusammenfasste: „Wir wollen niemals vergessen, dass jede Vertreibung, jede ethnische Säuberung – gleichgültig wo, wann und warum – immer Verbrechen sind. Sie zerstören Existenzen und schädigen ganze Gesellschaften.“

1.3.2 Anhörung zur BVFG-Änderung im Bundestag: 13. November 2023

Weniger restriktive Verfahren bei Spätaussiedler-Bewerbungen fanden die Unterstützung von Experten bei einer Anhörung des Ausschusses für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages am 13. November 2023. Es ging um den Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG).

„mehr Empathie und praktische Lösungen“

Ein zentraler Punkt war das „Gegenbekenntnis“. Dr. Bernd Fabritius, der in seiner Funktion als BdV-Präsident als Experte zur Anhörung geladen wurde, gab zu bedenken, dass das Bekenntnis zum deutschen Volkstum insbesondere in der Russischen Föderation unter den derzeitigen politischen Rahmenbedingungen nicht erwartet werden dürfe. Es bestehe hier die ernsthafte Gefahr, dass ein solcher Schritt zu Repressionen führen werde. Außerdem gebe es in vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion keine formalrechtlichen Grundlagen mehr für die Erfassung der ethnischen Zugehörigkeit bzw. für die Änderung bestehender personenstandsrechtlicher Dokumente. Zum Nachweis eines aktuellen Bekenntnisses sollten z.B. zertifizierte deutsche Sprachkenntnisse ausreichen; dies sei auch früher schon als Teil eines „Bekenntnis“ auf andere Weise“ akzeptiert gewesen und habe sich bewährt. Insgesamt gelte es, gerade angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine mit mehr Empathie und praktischen politischen Lösungen auf die davon auch betroffenen deutschen Minderheiten zuzugehen.

Problematisch sei in diesem Zusammenhang auch, dass geflüchtete Angehörige deutscher Minderheiten aus den genannten Staaten, die sich mehr als sechs Monate nicht in den Aussiedlungsgebieten aufhalten, derzeit vom Verlust ihres Anspruchs auf Aufnahme als Spätaussiedler ausgehen müssten. Pauschal werde ihnen „Wohnsitzaufgabe“ und somit die Unterbrechung des Kriegsfolgeschicksals unterstellt, was angesichts der Kriegssituation und des vielfach bestehenden Rückkehrwillens als sehr zynisch einzuordnen sei. Auch hier bestehe dringender Regelungsbedarf.

Spätaussiedler-Daten berührt schutzwürdiges Interesse

Dr. Thomas Herzog, lange Zeit im Innenministerium mit der Thematik befasst, unterstützte die Argumentation des BdV-Präsidenten und begrüßte die Einfügung eines neuen Paragraphen zur Schaffung einer Rechtsgrundlage für die Aufbewahrung der bei den Vertriebenenbehörden befindlichen Spätaussiedler-Daten. Die Bedeutung der erhobenen Daten für Status und Aufenthalt der Spätaussiedler und ihrer Angehörigen berühre deren schutzwürdiges Interesse.

Johann Thießen, der als Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland teilnahm, berichtete von zahlreichen Hilferufen von Landsleuten aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die einen Ablehnungsbescheid zu

ihrem Aufnahmeantrag als Spätaussiedler erhalten hätten. Der häufigste Ablehnungsgrund sei eben das „Gegenbekenntnis“. Die Eintragung der russischen Nationalität sei meist eigenmächtig durch sowjetische Beamte erfolgt. Dass dieses Problem nun an die Lebenswirklichkeit angepasst werden solle, sei zu begrüßen.

Verfahrensrechtlicher Vorteil für Spätaussiedlerbewerber

Frank Schleicher, Fachanwalt für Sozialrecht, befand, in der juristischen Praxis bedeute die Gesetzesänderung einen erheblichen verfahrensrechtlichen Vorteil für den Spätaussiedlerbewerber. Bundesverwaltungsamt oder Gerichte dürften dann nicht mehr prüfen, ob der Bewerber bei der Erstausstellung der behördlichen Urkunden wollte, dass eine andere als die deutsche Nationalität eingetragen wurde oder ob die Eintragung der russischen Nationalität zwangsweise erfolgte. Die weiter gehenden Einlassungen des BdV-Präsidenten begrüßte er.

Thomas Puhe, Fachanwalt für Migrationsrecht und Sozialrecht, stellte sich ebenfalls hinter die Ausführungen von Dr. Fabritius und hob hervor, bei der Einschätzung der Sprachkenntnisse müsse berücksichtigt werden, dass die Goethe-Institute in Russland und der Ukraine kaum oder gar nicht mehr präsent seien..

Dr. Olga Martens, Sprach- und Partnerschaftsinitiative Gelnhausen, äußerte sich als Betroffene, die vor Kurzem nach Deutschland eingereist sei. Sie meinte, zurzeit finde eine Veränderung des politischen Umfelds in Russland statt. Die Lebensrealitäten für Angehörige der deutschen Minderheit verschlechterten sich zusehends. Jede Initiative zur Ausreise solle in Kürze als extremistisch eingestuft werden.

Sowjetische Repressionen benachteiligen bis heute

Nils Friedrichs, Sachverständigenrat für Integration und Migration, wertete jede Erleichterung bei der Bewertung einer früheren Eintragung einer nichtdeutschen Nationalität als positiv. Er verwies ebenfalls auf Repressionen bereits in der Sowjetunion. Zudem habe sich die Diskriminierung auf den Gebrauch der deutschen Sprache erstreckt – ein Nachteil für Spätaussiedler-Bewerber aus Russland beispielsweise gegenüber denen aus Rumänien oder Polen.

Elisabeth Kunze, Ukrainehilfe Lobetal – Cura hominum, befürwortete, dass die Rückbesinnung auf die Zugehörigkeit zum deutschen Volk erleichtert werden soll. Sie verwies auf schwerwiegende Nachteile für Bürger deutscher Nationalität schon in der Sowjetunion. Wenn unter solchen Bedingungen jemand seinem Kind die russische Nationalität in die Geburtsurkunde habe schreiben lassen oder sich selbst für die russische Nationalität entschieden habe, würde sie das eher als Überlebensstrategie werten, nicht als Bekenntnis zum russischen Volk.

1.4 Sitzungen der Organe

1.4.1 Präsidium

In der Arbeit des Präsidiums waren 2023 mehrere Schwerpunkte von besonderer Relevanz, die auf drei, z.T. hybrid durchgeführten Sitzungen besprochen wurden.

So galt es, angesichts der Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine, auf eine Änderung des Bundesvertriebenengesetzes im Bereich der Spätaussiedleraufnahme hinzuwirken, zumal die Aufnahmebedingungen durch aktuelle Rechtsprechung gerade in einer Zeit erhöhten ethnischen Aussiedlungsdruckes verschärft worden waren. Im Bereich der Aussiedler und Spätaussiedler wurde auch der „Härtefallfonds für Spätaussiedler, jüdische Kontingentflüchtlinge und Fälle aus dem Ost-West-Rentenüberleitungsprozess“ intensiv begleitet.

Im verständigungspolitischen Bereich stand insbesondere die fortbestehende muttersprachliche Diskriminierung der Deutschen in Polen sowie die Situation der Deutschen in der Ukraine und in den Staaten der Russischen Föderation im Fokus. Hier wurde u.a. der enge Austausch mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) und ihrem Sprecher, Bernard Gaida, gesucht. Außerdem blieb die Spendenaktion „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“ ein



Die Sitzungen der Organe des Bundes der Vertriebenen finden auch in hybrider Form statt.

wichtiges Thema. Erneut wurden wesentliche Forderungen an die Politik erarbeitet und der Bundesversammlung zum Beschluss vorgelegt. Dabei kamen in einer Zeit unsicherer Finanzierung und verstärkt notwendigem inhaltlichen Rückhalt neben den o.g. Themen auch die Erinnerungs-, Bildungs- und Kulturpolitik sowie die auch für Aussiedler und Spätaussiedler geleistete Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer (MBE) zur Sprache.

1.4.2 Bundesausschuss in Berlin: 28./29. März 2023

Die Tagung des Bundesausschusses des Bundes der Vertriebenen fand im Umfeld des Jahresempfanges am 28./29. März 2023 in Berlin statt. Auf der Tagung erfolgte ein intensiver Austausch über die auch im Präsidium

besprochenen Themen sowie über weitere Arbeitsfelder des Verbandes. Perspektiven und Fragen der Mitglieder fanden hierbei besondere Beachtung. Auch die Strukturdebatte wurde in diesem Rahmen fortgesetzt.

1.4.3 Bundesversammlung in Berlin: 25. August 2023

Am 25. August 2023 wurde auf der Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen ein neues Präsidium gewählt.

Erneut zum Präsidenten wurde Dr. Bernd Fabritius gewählt, dem die Delegierten mit 94 Prozent Zustimmung ihr Vertrauen schenkten. Fabritius, der aus Siebenbürgen stammt und ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist, startet somit mit einem erneut starken Mandat der Mitgliedsverbände in seine nunmehr fünfte Amtszeit.

Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Stephan Grigat, Raimund Haser MdL, Steffen Hörtler, Stephan Mayer MdB, Egon Primas und Johann Thießen.

Zu weiteren Mitgliedern des Präsidiums wurden gewählt: Rita

Hagl-Kehl MdB, Milan Horáček, Siegbert Ortmann, Stephan Rauhut, Brunhilde Reitmeier-Zwick und Heiko Schmelzle. Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Dr. Maria Wernhan, gehört kraft Amtes dem Präsidium an.

In seiner konstituierenden Sitzung kooptierte das Präsidium den Vorstandsvorsitzenden der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Dr. Ernst Gierlich, erneut als beratendes Mitglied. Die Bundesversammlung fasste außerdem folgende Entschlüsse:

Zusage einhalten – BVFG-Änderung in der Spätaussiedleraufnahme schleunigst beschließen

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen fordert die Bundesregierung auf, ihre Zusage zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes im Bereich der Spätaussiedleraufnahme einzuhalten und schleunigst zu beschließen.

Angesichts der Notsituation unserer Landsleute in der Ukraine und in der Russischen Föderation ist es wichtig, eine Gesetzesänderung zur Klärung der Rechtslage zügig auf den Weg zu bringen. Der BdV fordert, dass die Bundesregierung zur Verwaltungspraxis vor 2022 im Sinne des 13. BVFG-Änderungsgesetzes zurückkehrt, als eine nicht-deutsche Nationalitäteneintragung Betroffenen nicht automatisch als „Gegenbekenntnis“ ausgelegt wurde und zur Antragsablehnung führte.

Wo sowjetische „Behörden“ einem Antragsteller vor Jahrzehnten im kommunistischen Unrechtsstaat Sowjetunion eine nichtdeutsche Volkszugehörigkeit in Personenstands- oder Personaldokumente eingetragen haben, darf dies heute nicht als willentliches Gegenbekenntnis gewertet werden und zu einer Ablehnung als Spätaussiedler führen, wenn alle weiteren Bedingungen wie Abstammung und Sprache erfüllt sind. Es gilt, klar zu formulieren, dass ein früheres auf unterschiedlichem Wege festgehaltenes „Gegenbekenntnis“ durch ein aktuelles Bekenntnis zum deutschen Volkstum korrigiert werden kann und in seiner Bewertung zurücktritt. Gleichzeitig ist die individuelle Situation der Antragsteller in den Aussiedlungsgebieten zu beachten. Wo aufgrund der heutigen Rechtslage formalrechtlich eine Korrektur des sogenannten Gegenbekenntnisses nicht mehr erfolgen kann oder wo die Korrektur bzw. das offene Bekenntnis aufgrund drohender Repressionen nicht zumutbar erscheint, muss ein „Bekenntnis auf andere Weise“ zugelassen werden, wie es das Bundesvertriebenengesetz schon jetzt gleichrangig vorsieht.

Vorübergehender Schutz ist keine Wohnsitzaufgabe

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen fordert die Bundesregierung auf, mittels Ministererlass den Wertungswiderspruch „vorübergehender Fluchtstatus – endgültige Wohnsitzaufgabe“ aufzulösen und rechtlich verbindlich zu erklären, dass auch eine längere kriegsbedingte Flucht und Abwesenheit vom Herkunftsland nicht zu einem Verlust des Anspruchs auf Aufnahme als Spätaussiedler führt.

Regelungsbedarf gibt es insbesondere für diejenigen Angehörigen der deutschen Minderheit aus der Ukraine und aus der Russischen Föderation, die aufgrund des Angriffskrieges



Aufmerksame Delegierte folgen der Bundesversammlung.



Bericht des Präsidenten vor der Bundesversammlung 2023.

Russlands gegen die Ukraine nach Westeuropa flüchten. Längst nicht alle tun dies mit der Absicht, dauerhaft hier oder in unseren Nachbarländern zu bleiben. In Deutschland suchen viele nur den vorübergehenden Schutz und wollen nach Beendigung des Krieges in ihre Heimat zurückkehren.

Kürzungen in der Vertriebenenkulturarbeit zurücknehmen

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen fordert die Bundesregierung auf, die im Haushaltsentwurf für 2024 veranschlagten Kürzungen bei der Kulturarbeit der Vertriebenen, Spätaussiedler und ihrer Verbände gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) zurückzunehmen.

Es liegt im gesamtgesellschaftlichen Interesse, dass das kulturelle Erbe der Deutschen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa und in den heutigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion erhalten bleibt und weiterentwickelt wird. Es ist wesentlicher Bestandteil der kulturellen und geistigen Identität Deutschlands.

Die Kürzung der Projektmittel im Bereich des § 96 BVFG im Jahr 2023 in Höhe von rund 500.000 Euro ist für die Kulturarbeit der Vertriebenen ein herber Schlag. Ohne diese Arbeit hätte Deutschland einen großen weißen Fleck auf seiner kulturhistorischen Karte. Im Regierungsentwurf des Haushalts für 2024 soll eine weitere Million Euro eingespart werden. Angesichts des gesetzlichen Auftrages, der Bedeutung und des Umfangs dieser Aufgabe darf es keine solche Kürzung geben. Das kulturelle Erbe der Vertriebenen und Spätaussiedler ist nicht deren alleinige Privatsache, sondern dessen Erhalt eine bundesgesetzliche Verpflichtung für Bund und Länder.

Die aktive Kulturarbeit der Vertriebenen, Spätaussiedler und ihrer Verbände und damit die Kulturförderung nach § 96 BVFG muss wieder verlässlich und finanziell ausreichend aufgestellt werden.

Deutsche Minderheiten unkompliziert und verlässlich fördern. Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen fordert die Bundesregierung auf, die deutschen Minderheiten in Ost-

mittel-, Ost- und Südosteuropa weiterhin verlässlich finanziell zu fördern, Kürzungen von Fördermitteln zurückzunehmen und auf überbordende Bürokratie bei Beantragung und Abrechnung zu verzichten.

Bei der Förderung durch das Auswärtige Amt (AA) ist es in diesem Jahr zu Kürzungen der Mittel zwischen 25 % und 40 % gekommen. Die Selbstorganisationen der deutschen Minderheiten fürchten nun berechtigterweise, dass die Förderung dauerhaft auf dem gekürzten Niveau bleibt. Das Überleben der deutschen Minderheiten und deren nachhaltige Arbeit kann nur durch eine flankierende Förderung aus Deutschland sichergestellt werden. Gerade in Krisenzeiten wie dem Ukrainekrieg und der europaweiten Inflation ist eine Kürzung der Förderung für die Minderheiten verheerend. Es ist dringend erforderlich diese Kürzungen zurückzunehmen und die Förderung mindestens auf dem Niveau von 2022 zuzüglich eines flexiblen Inflationszuschlages zu verstetigen.

Zudem muss das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) gewährleisten, dass eine Antragsstellung für BMI-Fördermittel von Organisationen der deutschen Minderheiten nicht an übermäßig komplizierten bürokratischen Hürden scheitert. Gerade kleinere Organisationen klagen über einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand bei niedrigschwelligeren Projekten, der von Ehrenamtlichen nicht zu bewältigen ist.

Der Bund der Vertriebenen steht an der Seite der deutschen Minderheiten. Es gilt, diese unkompliziert, verlässlich und rechtssicher zu fördern.

Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer (MBE) finanziell sicher und zukunftsfest ausstatten

Die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen fordert die Bundesregierung auf, die Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer (MBE) finanziell angemessen und zukunftsfest auszustatten.

Angesichts des ungebrochenen Zuzugs von Menschen nach Deutschland, der weltweit auf über 100 Mio. gestiegenen Flüchtlingszahlen, des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine, der daraus resultierenden Migration nach Deutschland, und der Fachkräftezuwanderungspolitik der Bundesregierung steht eine Kürzung der Mittel für die Integration dieser Menschen in einem nicht erklärbaren Widerspruch zur Realität. Eine Kürzung der Mittel in Höhe von knapp 25 Millionen Euro gegenüber dem Jahr 2023, bei einem seit Jahrzehnten bewährten Instrument in der deutschen Integrationspolitik, bedeutet die Reduzierung der Beratungsstellen um nahezu ein Drittel. Sie bedeutet einen erzwungenen Rückzug der Verbände aus der Beratungsarbeit. Und sie bedeutet letztendlich ein verantwortungsloses Handeln der Bundesregierung gegenüber denjenigen, die aus rechtlich anerkannten Gründen in Deutschland bleiben können. Sie bleiben sich selbst überlassen und wandern schlimmstenfalls in Parallelgesellschaften ab. So kann Integration nicht gelingen.

Im Hinblick auf steigende Zuzugszahlen und Beratungsaufkommen sollte die Bundesregierung die MBE mittelfristig auf eine stabile und rechtssichere finanzielle Basis stellen, mindestens in Höhe des Budgets im Haushaltsjahr 2023.

1.5 Ehrungen

1.5.1 Ehrenplakette des BdV an Dr. Christoph Bergner

Mit einem Empfang vor Beginn der Bundesversammlung am 25. August 2023 verlieh der BdV dem ehemaligen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Ministerpräsident a.D. Dr. Christoph Bergner, in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund auf einstimmige Entscheidung des Präsidiums seine höchste Auszeichnung, die Ehrenplakette.

Zu den Gründen für die Ehrung zählen, laut BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius, Bergners „herausragender und leidenschaftlicher Einsatz für die Menschen- und Minderheitenrechte, insbesondere für die kulturelle Selbstbestimmung, gegen Vertreibungen sowie für die grenzüberschreitende Verständigung in Europa und mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion“.

Insbesondere während seiner achtjährigen Amtszeit als Bundesbeauftragter und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, aber auch in vielen weiteren


© BdV

BdV-Präsident Bernd Fabritius verleiht Dr. Christoph Bergner für seinen „herausragenden und leidenschaftlichen Einsatz für Menschen- und Minderheitenrechte“ die Ehrenplakette, die höchste Auszeichnung des BdV.

Ämtern und im persönlichen Bereich sei Christoph Bergner „die spürbare Verbundenheit mit den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten stets Leitschnur für sein Handeln“ gewesen. Gerade auch „die Erinnerungskultur, die einen der zentralen Pfeiler des Bundes der Vertriebenen darstellt, hat für den zu Ehrenden eine Bedeutung, die über das Normalmaß des Üblichen hinausgeht“, so der BdV-Präsident.

1.5.2 Plakette „Pro Meritis“ an Christian Knauer

Der langjährige BdV-Vizepräsident Christian Knauer wurde im Rahmen der Bundesversammlung am 25. August 2023 auf einstimmigen Beschluss des Präsidiums mit der Plakette „Pro Meritis“ ausgezeichnet. Knauer, der nach 17-jährigem Einsatz in der Verbandsspitze, davon 15 Jahre als Vizepräsident, nicht erneut zur Wahl antrat, wurde von BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius persönlich verabschiedet und mit der Verleihung der Verdienstplakette überrascht. Zu seinen besonderen Verdiensten zähle, so Fabritius, u.a. der nachdrückliche Einsatz zunächst für einen bayerischen Landesgedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation und später für einen ähnlich ausgerichteten Bundesgedenktag. Seinem politischen Geschick sei es maßgeblich mit zu verdanken, dass die Interessen des BdV mit seinen Zielgruppen und Mitgliedsverbänden so selbstverständlich bis heute im Freistaat Bayern Gehör fänden. „Nicht verhandelbar“ sei Knauers Verbundenheit mit dem Verband dabei stets gewesen.

Der Geehrte zeigte sich sichtlich gerührt und dankte für die hohe Ehrung. Er ließ „die Herzensanliegen“ seiner Zeit im Präsidium Revue passieren und erklärte, sich fortan stärker

Der Geehrte dankte für die besondere Auszeichnung seiner Arbeit, die er in seinen Dankesworten als „selbstverständlichen Einsatz für wesentliche gesellschaftliche Themen“ beschrieb. Kurz zeichnete Christoph Bergner nach, welche Inhalte ihm in seinen Ämtern besonders am Herzen gelegen haben, und machte in diesem Zuge deutlich, wie eng und sachverständig er viele der Anliegen bis heute begleitet. Die Bundesversammlung zollte ihm mit stehendem Applaus ihren Respekt.

auf die Leitung des BdV-Landesverbandes Bayern konzentrieren zu wollen.



© BdV

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius (l.) zeichnete den langjährigen Vizepräsidenten Christian Knauer (r.) mit der Plakette „Pro Meritis“ aus und verabschiedete ihn ehrenvoll aus dem Präsidium.



© BdV

Tagungspräsidium bei der Bundesversammlung 2023.

2 Aufnahme und Integration

2.1 Spätaussiedler

2.1.1 Statistik

Von Beginn an bildet das Bemühen um eine rasche Eingliederung in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik Deutschland und das sozial-politische und caritative Engagement den eindeutigen Schwerpunkt der Tätigkeiten. Von den rund 100.000 ehrenamtlich tätigen Frauen und Männern sind daher die meisten in der sozialen Beratung und Betreuung tätig.

In Jahr 2023 wurden laut Statistik des Bundesverwaltungsamtes (BVA) insgesamt 6.655 Spätaussiedler und Angehörige in der für die Registrierung von Spätaussiedlern zuständigen Außenstelle des BVA in Friedland (Niedersachsen) registriert. Gegenüber dem Jahr 2022 waren das 355 Personen weniger. Der Zuzug findet überwiegend aus der Russi-

schen Föderation (3.329) und Kasachstan (2.546), gefolgt von der Ukraine (419) und Kirgistan (169) statt. Nur vereinzelt werden noch Personen aus Rumänien (6) und Polen (1) aufgenommen.

Im Jahre 2023 stellten 8.518 Personen einen Aufnahmeantrag. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Reduzierung von 2.863 antragstellenden Personen. Die überwiegende Anzahl der Anträge wurde aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion gestellt.

Das BVA hat im Jahre 2023 Aufnahme- und Einbeziehungsbescheide für 5.309 Personen erteilt. 2022 lag die Zahl der positiven Bescheide bei 6.068.

2.1.2 Bewertung und Lösungsansätze

Die Anzahl der eingereisten Personen nahm gegenüber dem Jahr 2022 um 355 Personen ab, wobei sich der Zuzug von Menschen aus der Ukraine 2023 auch deutlich reduziert hat. Auch im Jahr 2023 ist der Zuzug der Spätaussiedler auf den Krieg Russlands gegen die Ukraine und das verstärkte Verlassen der Kriegsregionen durch die Menschen zurückzuführen.

Obwohl die Aufnahme nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) unter Härtefallgesichtspunkten auch ohne vorherige Erteilung des Aufnahmebescheides durch das BVA erteilt werden kann, verhinderte eine restriktive Verwaltungspraxis und eine enge Auslegung der Rechtsprechung die Aufnahme. Hinzu kam, dass aufgrund einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahre 2021 zum sogenannten Gegenbekenntnis eine Rechtslage und eine Verwaltungspraxis entstand, aufgrund der Spätaussiedlerbewerber, die in

der Vergangenheit ein Bekenntnis zu einem nichtdeutschen Volkstum in offiziellen Dokumenten führten, abgelehnt wurden. Auf Drängen des Bundes der Vertriebenen, vieler Betroffener und politischer Fürsprecher wurde ein Gesetzentwurf zur Änderung dieser Praxis durch eine Klarstellung im BVFG auf den Weg gebracht. Im Rahmen einer Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages zu dieser BVFG-Änderung am 13. November 2023 erläuterte BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius die Verbandsposition und die vom BdV angeregten Gesetzesänderungen, u.a. im Hinblick auf das „Gegenbekenntnis“, zur Wohnsitzvoraussetzung zur Datensicherung und zum Härtefallverfahren. Eine Gesetzesänderung, mit der diese Anregungen zum Teil aufgegriffen wurde, trat am 23. Dezember 2023 in Kraft. Die Entwicklung der Zahlen im Jahr 2024 und die Rückmeldungen aus den betroffenen Gruppen werden zeigen, ob die Erleichterungen in der Praxis greifen.



Seminar für Multipolikatoren im Ehrenamt in Wiesbaden.

2.2 Projekte, Beratung, Haupt- und Ehrenamt

2.2.1 Projektbetreuung und Koordinierung

Der BdV ist im Rahmen der Projektförderung des Bundes für die Integration von Zuwanderern Ansprechpartner des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) als Zuwendungsbehörde und partizipiert an öffentlichen Mitteln im Rahmen des Projekts Migrationsberatung für erwachsene Zuwandererinnen und Zuwanderer (MBE).

Die Bundesgeschäftsstelle leitet in ihrer Funktion als Zentralstelle die Mittel an die Mitgliedsverbände vor Ort weiter, die die bewilligten Beratungseinrichtungen betreiben. Die Bundesgeschäftsstelle leistet im Rahmen der Projektförderung Hilfe bei der organisatorischen Durchführung, übernimmt die Steuerung

des Antrags- und Zuwendungsverfahrens, die Weiterleitung der Mittel zur Bewirtschaftung der geförderten Projekte und Prüfung bzw. Erstellung der Verwendungs nachweise.

Darüber hinaus koordiniert die Bundesgeschäftsstelle die Projektförderung und begleitet Evaluationsmaßnahmen. In regelmäßigen Runden mit dem Zuwendungsgeber (BAMF) und den Zentralstellen der anderen MBE-Zuwendungsempfänger wird der notwendige Austausch laufend sichergestellt. Weiterhin werden Schulungen für Ehrenamtliche im Bereich Integration von der Bundesgeschäftsstelle durchgeführt bzw. an Mitgliedsverbände vermittelt.

2.2.2 Migrationsberatung für erwachsene Zuwandererinnen und Zuwanderer (MBE)

Für die Beratung von Spätaussiedlern und anerkannten Zuwanderern durch die Mitgliedsverbände erhielt der Verband im Jahre 2023 eine Zuwendung aus Haushaltmitteln des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) über das BAMF. Damit wurde die Tätigkeit von 37 hauptamtlichen und 204 ehrenamtlichen Betreuern in der Integrationsarbeit bezuschusst.

Die 37 hauptamtlichen Migrationsberater (MBE-Berater), teilweise in Teilzeit, initiieren, steuern und begleiten den Integrationsprozess von neu zugewanderten Spätaussiedlern, ihren Familienangehörigen, Migranten sowie ausländischen Bürgern mit Integrationsbedarf und stehen ihnen für alle Fragen des täglichen Lebens zur Seite. Die MBE-Berater des BdV sind sozialpädagogische Fachkräfte, deren Qualifikation gesondert vom BAMF überprüft wird. Sie beraten schwerpunktmäßig im Case-Management-Verfahren.

Im Berichtszeitraum wurden rund 9.650 Personen beraten. Hinzu kommen noch rund 6.800 mitberatene Familienangehörige. Knapp ein Drittel der Ratsuchenden sind Spätaussiedler und ihre Familienmitglieder, sie kamen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Die übrigen Klienten sind anerkannte Flüchtlinge aus der Ukraine, aus Syrien, Afghanistan, Irak und diversen afrikanischen Staaten sowie EU-Bürger, vor allem aus Rumänien und Bulgarien.

Der BdV unterhält bundesweit 24 feste Beratungsstellen. Diese befinden sich in Aichach, Bad Homburg, Berlin, Bonn, Dresden, Eberswalde, Groß-Gerau, Haldensleben, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Leipzig, Melsungen, München, Neustadt/Weinstraße, Potsdam, Regensburg, Schönebeck, Stuttgart und Wiesbaden. Hinzu kommen mobile Beratungsstandorte

an rund 15 weiteren Standorten, die von den Migrationsberatern mitversorgt werden.

Um die Aufgabe der Migrationsberatung als Zentralstelle für die Träger wahrzunehmen, führt die Bundesgeschäftsstelle regelmäßig Arbeitsgespräche mit den Migrationsberatern durch. In den Sitzungen werden die Vorgaben des Zuwen-



dungsgebers kommuniziert und anhand der Förderrichtlinie nachvollzogen, die Inhalte der täglichen Arbeit in den Beratungsstellen erörtert und den Mitarbeitern grundlegende Informationen vermittelt, die der täglichen Arbeit dienen. Zu den Arbeitsgesprächen werden punktuell Experten aus Verwaltungen und dem BAMF hinzugeladen, die zu relevanten Themen vortragen.

Im Berichtszeitraum fanden drei Arbeitsgespräche statt, davon eines in Präsenz in Leipzig sowie zwei online als Videokonferenz. Auch die gewohnten individuellen Fortbildungen für die Berater zu beratungsspezifischen Themen wurden im Berichtszeitraum angeboten.

Als Fortbildung für alle MBE-Berater fand im April eine Basis-

schulung zum Thema „Fremdrente“ statt. Die Berater des BdV sind innerhalb der Landschaft der MBE-Zuwendungsempfänger erster Ansprechpartner für die Zielgruppe der Spätaussiedler. Die Schulung fand im Online-Format statt. Inhaltlich wurden zu Beginn Basis-Kenntnisse zur Systematik der Fremdrente vermittelt. Anschließend wurden spezielle Fragestellungen der Teilnehmer behandelt. Über die Basis-Kenntnisse hinaus wurden Themen wie „Punkteberechnung anhand eines Arbeitsbuches“, „Anrechnung von Kindererziehungszeiten“, „Witwenrente für Spätaussiedler / Steuer auf Witwenrente“, „Rechte bei Scheidung oder Todesfall von Mann mit §8, bei Trennung von Frau mit §7“ bearbeitet.

Neben den Koordinierungsaufgaben innerhalb des Verbandes nimmt die Bundesgeschäftsstelle an den Trägergesprächen mit dem BAMF und Abstimmungsgesprächen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) teil. Hierzu finden regelmäßig Quartalsgesprächsrunden zu Umsetzung und Weiterentwicklung des MBE-Programms statt. Im Berichtszeitraum nahm die Zentralstelle an allen drei Trägergesprächen mit dem BAMF teil – einmal in Nürnberg, zweimal in Berlin.

Auch im Jahr 2023 beteiligte sich der BdV mit seinen MBE-Trägern am verbandsübergreifenden Onlineberatungsprojekt (mbeon). Der Fokus der Arbeit lag darauf, Verbesserungen in der Funktionsweise der App voranzutreiben, um den Zugang zur Onlineberatung für Berater und Klienten zu verbessern. Es fanden Treffen mit anderen Hilfsportalen und Hilfsangeboten für Zuwanderer statt, um mögliche Kooperationsmöglichkeiten zu eruieren sowie das Onlinehilfsangebot und den Zugang zur Onlineberatung zu vereinfachen und innerhalb der Zielgruppe bekannter zu machen. Das Onlineberatungstool ist zu einem festen Bestandteil einer jeden Beratungsfachkraft geworden und ermöglicht Beratungssettings beratungsthemkonform auszuwählen und zu kombinieren.

Seit Januar 2021 wird mbeon nicht mehr überverbandlich, sondern innerverbandlich von einer Sachbearbeiterin gesteuert. Die an mbeon mitwirkenden Verbände arbeiten weiterhin auf Bundesebene eng zusammen. Es finden regelmäßige Austauschrunden sowie gemeinsam organisierte Fortbildungen und Webinare statt. In regelmäßigen Abständen finden außerdem vom BAMF organisierte Arbeitstreffen des Beirates „Onlineberatung“ statt. Daran nehmen alle Wohlfahrtsverbände und der BdV teil.

Um einen Wissenstransfer und kollegialen Austausch zu ermöglichen, fanden verbandsinterne sowie verbandsübergreifende Webinare statt. Im Rahmen einer zweitägigen Veranstaltung wurden den Teilnehmern die wichtigsten Aspekte der Onlineberatung vermittelt. In der anschließenden Hausübung konnten die erworbenen Kenntnisse praktisch umgesetzt werden. Die Teilnahme an der Schulung wurde erstmal zertifiziert. Die Onlineberatung hat sich neben der Präsenz-, Telefon- und E-Mail-Beratung innerhalb kurzer Zeit als fester

Beratungskanal in der Beratungspraxis etabliert und ergänzt das Beratungsangebot sinnvoll. Statistisch gesehen wird mbeon insbesondere für kurze Informationsanfragen eingesetzt. Dabei kommt es in Einzelfällen vor, dass sich aus einer reinen Informationsanfrage ein komplexes Beratungsanliegen entwickelt.

mbeon ist ein wichtiges, niedrigschwelliges Angebot, welches die Erreichbarkeit der MBE über die Öffnungszeiten der Beratungsstellen hinaus erweitert. Monatlich meldeten sich durchschnittlich 440 neue Ratsuchende bei mbeon an. Der mbeon-Messenger wird vorrangig für den Versand von Nachrichten verwendet. Dokumente, wie PDF- und JPG-Dateien sowie Sprachnachrichten stellen eher die Ausnahme dar. Die Onlineberatung hat sich neben der Präsenz-, Telefon- und E-Mail-Beratung als fester Beratungskanal in der Beratungspraxis etabliert und ergänzt das Beratungsangebot.



2.2.3 Ehrenamtliche Betreuung

Der BdV verfügt bereits seit Jahrzehnten über ein effektives, bundesweites Netz von ehrenamtlichen Betreuern, das eng mit den Gliederungen des Verbandes auf Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene sowie vor allem mit den hauptamtlichen MBE-Beratern vor Ort in den Kommunen verzahnt ist.

Die 204 durch das BAMF bezuschussten Ehrenamtlichen im BdV betreuten im Berichtszeitraum bundesweit 11.216 Personen. Allein der nachgewiesene Betreuungsaufwand betrug über 26.012 Stunden.

Wie in den Vorjahren auch, hatte ein Großteil der ehrenamtlichen Betreuer Wurzeln in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Die Ehrenamtlichen bieten ihre Hilfe den unterschiedlichen Zielgruppen der Migrationsberatung, besonders aber den Spätaussiedlern und ihren Familienangehörigen an. Aufgrund der eigenen Aussiedlungsgeschichte, der jahrelangen Erfahrung in der ehrenamtlichen Arbeit, der guten Kontakte am Wohnort und der Empathie mit den Anliegen der Ratsuchenden können sie auch in schwierigen Situationen Lösungsansätze aufzeigen.

Hilfe und Solidarität ist allen Ratsuchenden sicher, wenn es darum geht, für jemanden ein amtliches Schreiben zu übersetzen oder zu erläutern, jemanden zum Amt, zum Arzt, zur Apotheke oder zum Einkaufen zu begleiten, einen Antrag oder Widerspruch zu formulieren, das Kind in der Schule oder im Kindergarten anzumelden oder Hilfe bei einer Suchtberatungs-

stelle oder der Verbraucherzentrale zu vermitteln. Durch gleiches Schicksal verbunden, entwickeln die Ratsuchenden schnell Vertrauen in die Betreuer und treffen häufig auch auf sprachlich kompetente und empathische Menschen. Im Wohnumfeld entwickeln sich häufig gute Beziehungen, die dazu führen, dass betreute Spätaussiedler später selbst zu Betreuern werden und damit die ihnen entgegebrachte Hilfe zurückgeben.

Beim BdV und seinen bis in die untersten regionalen Gliederungen greifenden Strukturen finden Interessierte, die für die Ausübung des Ehrenamtes notwendigen Rahmenbedingungen: Anbindung an feste Strukturen, in denen man auf Gleichgesinnte trifft, Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und zur Entwicklung von Problemlösungsstrategien, Anerkennung für geleistete Arbeit im öffentlichen und persönlichen Bereich sowie Informationsaustausch allgemeiner Art, aber auch etwa zu Fortbildungen und Qualifizierungen. Der Bedarf an ehrenamtlicher Arbeit im Integrationsbereich ist als flankierende Maßnahme zu den vielfältigen Integrationsprogrammen des Bundes, der Länder und Kommunen erheblich.

Die ehrenamtlichen Betreuer, die schon seit Jahren soziale Beratung und Betreuung leisten, wurden durch Schreiben und in Veranstaltungen aufgefordert, die hauptamtliche Migrationsberatung zu unterstützen, indem sie die Neuzwanderer über die bundesgeförderte Migrationsberatung (MBE) informieren, sie dort hinführen und eine Funktion als Integrationslotse übernehmen.

2.2.4 Seminare für Multiplikatoren im Ehrenamt

Zur Qualitätssicherung der ehrenamtlichen Betreuung bietet die Bundesgeschäftsstelle in der Regel jährlich mindestens eine Multiplikatorenenschulung für Ehrenamtliche an.

Im Berichtszeitraum fand diese im Dezember 2023 im Rahmen einer Präsenzveranstaltung im Haus der Heimat in Wiesbaden statt. Die Teilnehmer kamen aus dem gesamten Bundesgebiet. Neben allgemein relevanten Themen, die gemeinsam besprochen wurden, hörten die Teilnehmer Fachvorträge diverser Experten: Über die aktuellen Probleme bei der Spätaussiedleraufnahme sprach die Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler; zum Thema Bürgergeld referierte die Leiterin des Sachgebietes „Grundsatzfragen SGB II und Wohngeld“ des Kommunalen Jobcenters (KJC) Wiesbaden; über die Leistungen der Krankenkasse referiert der Abteilungsleiter Unternehmenskommunikation der AOK in Hessen; der Vorsitzende des Sozialausschusses der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland sprach über Betreuung und Beratung in der Sozialen Arbeit; „Aus der Praxis für die Praxis“ berichtete die Leiterin des Referats Eingliederung und Recht / Zentra-

le Aufgaben der BdV-Bundesgeschäftsstelle. Aufgrund der erheblichen Nachfrage aus den Reihen der ehrenamtlichen Betreuer organisierte der BdV-Bundesverband außerdem bereits im Februar 2023 eine Ehrenamtstagung zum Thema „Härtefallfonds – Antragsverfahren für die Einmalzahlung von 2.500 EUR für Spätaussiedler in Rente“. Als Referent, der die Teilnehmer Schritt für Schritt durch das Antragsformular führte, konnte der Leiter der Geschäftsstelle der neu errichteten „Stiftung Härtefallfonds“ gewonnen werden. Er stellte zu Beginn die Arbeit der Geschäftsstelle vor, um dann alle Fragen zu Antragsformular und -verfahren zu beantworten. Die Tagung hatte einen hohen Nachhaltigkeitswert, da in der Folge eine Vielzahl der Antragsteller bei der Antragstellung die Hilfe der ehrenamtlichen Betreuer in Anspruch nehmen sollten.

Informationsfluss und regelmäßiger Kontakt zu den Ehrenamtlichen wurde zusätzlich durch das Format des fachspezifischen Newsletters gewährleistet. Mit sechs Newslettern wurden die Ehrenamtlichen im Berichtszeitraum erreicht und konnten auf den jeweils neuesten Stand hinsichtlich sozial- und rechtspolitischer Themen gebracht werden.

3 Wanderausstellungen

3.1 Zusammenfassung des Ausstellungsjahres

Der Bund der Vertriebenen führte im Jahr 2023 die Präsentation der Wanderausstellungen der Stiftung **ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN** (ZgV) „Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa“, „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts“, „Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland“, „Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ sowie „In Lagern Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“ fort. Gefördert wurden diese Wanderausstellungen durch das Bundesministerium des Innern und für Heimat aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Die erfolgreiche Wanderausstellungsreihe wurde 2023 inhaltlich erweitert: Die Ausstellung „STILLgeschwiegen! – Die Vertriebenen in der SBZ und DDR“ wurde erarbeitet. Sie widmet sich dem Schicksal der rund 4,3 Millionen deutschen Heimatvertriebenen, die in den Jahren 1945 bis 1950 aus den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten in die Sowjetische Besatzungszone und spätere DDR gelangten. Das Lebensschicksal dieser Menschen wurde mehr als vier Jahrzehnte lang aus politisch-ideologischen Gründen tabuisiert und ausgeblendet. Die nunmehr sechste Ausstellung des ZgV beleuchtet diesen Teil der gesamtdeutschen Geschichte, zeigt die Rolle des politischen Systems und lässt Vertriebene in zahlreichen Interviews zu Wort kommen. Eröffnet wird die Ausstellung im Frühjahr 2024 in Berlin und geht danach auf „Wanderschaft“ zunächst einmal durch den östlichen Teil der Bundesrepublik.

Alle Ausstellungen enthalten wichtige Informationen zur Geschichte und zum Schicksal eines Teils der Deutschen. Sie werden dem Betrachter und Leser in moderner und kompakter Form an Orten dargeboten, die grundsätzlich öffentlich zugänglich und kostenfrei zu betreten sind. Damit kann auch ein Publikum erreicht werden, das diese Informationen nicht gezielt sucht, sondern durch die Präsenz der Ausstellungen vor Ort damit konfrontiert wird.

2023 waren „Die Gerufenen“ 52 Tage, „Angekommen“ 0 Tage, „In Lagern“ 51 Tage, „Erzwungene Wege“ 52 Tage und „Verschwunden“ 218 Tage in Ausstellung. In Bremen gastierten „Die Gerufenen“ und „Erzwungene Wege“, in Schwedt/Oder „In Lagern“, in Lüneburg, Wien und Ribnitz-Damgarten „Verschwundene Orte“. An den stattgefundenen Stationen konnten gelungene Ausstellungseröffnungen durchgeführt werden, in denen Vertreter des Bundesverbandes, Vertreter der Kommunalpolitik und Vertreter der örtlichen Verbandsarbeit einführende Reden bzw. Grußworte hielten.

Nach mehreren Anläufen ist es dem BdV 2023 in Zusammen-



© BdV

„STILLgeschwiegen“ heißt die neue Ausstellung, die jetzt auf Tour durch die Bundesrepublik geht.

arbeit mit dem Verband der deutschen altösterreichischen Landsmannschaften gelungen, eine der Ausstellungen im Haus der Heimat in Wien zu präsentieren. Die Ausstellung stieß auf eine positive Resonanz bei den Besuchern. BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius eröffnete die Ausstellung mit einem kurzen Grußwort und kam mit Vertretern der österreichischen Politik sowie anderen Amtsträgern ins Gespräch.

Der BdV-Landesverband Bremen präsentierte auch dieses Jahr gleichzeitig zwei Wanderausstellungen im Weserpark Bremen – einem der größten Einkaufszentren im norddeutschen Raum. Täglich konnten mehrere Tausend Besucher, darunter auch Jugendliche, sich mit dem Thema Flucht, Vertreibung sowie deren Folgen auseinandersetzen.

Im Jahr 2023 sind außerdem drei verständigungspolitische Begleitveranstaltungen realisiert worden (siehe Punkt „Verständigungspolitische Begleitveranstaltungen“). Zwei fanden im Rahmen der Ausstellungspräsentation von „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955“ in Schwedt/Oder und eine im Rahmen der Ausstellung



© BdV

Ausstellungseröffnungen sind stets ein besonderes Highlight, egal ob in Wien (linkes Bild) oder in Bremen (rechtes Bild). In einführenden Vorträgen wird durch Mitglieder des Präsidiums oder Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle werden die Ausstellungen vorgestellt und auf besondere Schwerpunkte aufmerksam gemacht.

„Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt“ in Ribnitz-Damgarten statt. Die Verankerung des Themas im gesellschaftlichen Bewusstsein ist eines der wesentlichen Ziele. Erreicht werden diese durch Wissensvermittlung, generationsübergreifenden Dialog und mit Hilfe verschiedener Zusatzmodule, die die Flucht und Vertreibung betroffener Menschen bildlich und geografisch veranschaulichen.

Gleichzeitig sollen die Ausstellungen vor allem an die junge Generation appellieren, sich für Menschenrechte und ein friedliches Miteinander in Europa einzusetzen. Hierfür ist ein Mindestkonsens über bzw. eine Akzeptanz jeweils unterschiedlicher, auch kulturell geprägter Geschichtsbilder nötig.

Die sechsteilige Ausstellungsreihe ist ein gutes Mittel, um den Unterricht abwechslungsreicher zu gestalten und ein wichtiges Thema deutscher sowie europäischer Geschichte zu behandeln, welches leider nur in zwei Bundesländern im Kern-Curriculum des Geschichtsunterrichts zu finden ist. Das

Thema muss jedoch stärker in das öffentliche Bewusstsein rücken, damit vorhandene Wissenslücken geschlossen werden können.

Die Wanderausstellungen vermitteln anschaulich, wie die Völker und Staaten durch die Geschichte miteinander verbunden sind. Zudem wird mit Blick auf die aktuelle Flüchtlingsproblematik für ein tolerantes, friedliches Miteinander sensibilisiert. Deutlich wird auch, dass auch Deutsche ein (Binnen-) Flüchtlingsschicksal erleiden mussten.

Mit den Wanderausstellungen ist sichergestellt, dass auch zukünftig die Informationsvermittlung über das facettenreiche deutsche Leben in den früheren Siedlungsgebieten, die Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa und über den sich der Vertreibung aus diesen und anderen Gebieten ergebenen Folgen für Deutschland bzw. Europa am Leben und in Erinnerung gehalten wird. Sie sind ein notwendiges, leicht verständliches und anschauliches Mittel, um verständigungs-politisch auf der Ebene von Mensch zu Mensch zu wirken.

3.2 Stationen der Ausstellungen

Die Gerufenen – Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa

Weserpark Bremen
Hans-Bredow-Straße 19, 28307 Bremen
10. Juli 2023 bis 31. August 2023

Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

Weserpark Bremen
Hans-Bredow-Straße 19, 28307 Bremen
10. Juli 2023 bis 31. August 2023

In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955

Rathausgalerie Schwedt/Oder

Dr. Theodor-Neubauer-Str. 5, 16303 Schwedt/Oder
19. April 2023 bis 9. Juni 2023

Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt
Ostpreußisches Landesmuseum
Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg
1. Januar 2023 bis 19. März 2023

Haus der Heimat
Steingasse 15, 1030 Wien
16. Mai 2023 bis 5. Juli 2023

Deutsches Bernsteinmuseum
Im Kloster 1-2, 18311 Ribnitz-Damgarten
27. Juli 2023 bis 26. Oktober 2023

4 Grundsatzfragen, Jugendarbeit, Zeitzeugen

4.1 Grundsatzfragen

Für den Bereich Grundsatzfragen war der Schwerpunkt im Berichtszeitraum erneut die thematische und inhaltliche Vor- und Nachbereitung der Gremiensitzungen und Verbandsveranstaltungen. Hierzu zählen in Auswahl die Bundesausschusssitzung, die Bundesversammlung, die Präsidiumssitzungen, die zentrale Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat in Berlin, die Verleihung der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen an den ehemaligen Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Christoph Berger, sowie die Verleihung der Plakette „Pro Meritis“ an das langjährige Mitglied des BdV-Präsidiums, den bayerischen BdV-Landesvorsitzenden Christian Knauer.

Es wurden laufend Stellungnahmen, Positionspapiere und Vermerke verfasst. Diese sind für das Präsidium, aber auch für die Arbeitsabläufe und Erledigung von laufenden Vorgängen in der Bundesgeschäftsstelle von Bedeutung. Die Zuarbeit zu internen und öffentlichen Reden des Präsidenten erfolgt gleichfalls laufend. Die gefertigten Stellungnahmen und Vermerke bilden die Schwerpunkte der öffentlichen sowie nicht-öffentlichen Reden, Ansprachen, Vorträge und Grußworte.

Das galt auch für die Gedenkstunde am Nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni, wo der BdV-Präsident traditionell das Schlusswort spricht. Auch hier zeichnete die Bundesgeschäftsstelle inhaltlich für die Vorbereitung verantwortlich.

Im Berichtszeitraum wurde eine Vielzahl an Anfragen und Informationswünschen bearbeitet, die an den Verband herangetragen wurden. Die Bundesgeschäftsstelle nimmt diesbezüglich eine Schnittstellenfunktion wahr und sichert unter anderem auch die Kommunikation mit und unter den Mitgliedsverbänden.

4.2 Jugendarbeit

Die Jugendarbeit des Bundesverbandes umfasst koordinierende, unterstützende und beratende Maßnahmen für die Jugendverbände der Landsmannschaften sowie ihrer Zusammenarbeit mit der „djo – Deutsche Jugend in Europa“, in welcher die Jugendverbände der Landsmannschaften z.T. Mitglied sind.

Ein verstärkter Austausch fand im Berichtszeitraum mit den Vertretern der Jugendverbände der deutschen Minderheiten aus den osteuropäischen Nachbarländern statt. Ziel ist, ver-

Verbandsinterne Korrespondenz, die sich mit den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler oder Fragen zur Geschichte der Vertreibungs- und Herkunftsgebiete befassten, obliegt federführend ebenfalls dem Bereich Grundsatzfragen. An den BdV herangetragene Vorschläge oder Forderungen wurden für die Gremienarbeit bzw. die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle mit sachlichen Empfehlungen unterfüttert, um die Entscheidungsfindung der Gremien zu erleichtern.

Konstanter Arbeitsschwerpunkt im Bereich Grundsatzfragen ist die Gewährleistung von Aktualität bei gleichzeitiger Kontinuität in der gesellschaftlichen und politischen, inneren und äußeren Positionierung des BdV. Das politische Geschehen, sowohl im Inland als auch im Ausland, wurde an den Zielsetzungen und Aufgaben des Verbandes gespiegelt, um so möglichst viele Aktionswege zu erhalten.

Relevante politische Veränderungen in den östlichen Nachbarländern sowie den Ländern mit deutscher Minderheit in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa werden zeitnah eingeordnet, um dem Bundesverband und seinen Mitgliedern wichtige Entscheidungshilfen zur Gestaltung der grenzüberschreitenden Arbeit in und mit diesen Ländern zu liefern. Vor dem Hintergrund des fortdauernden Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine erlangte die Situation der deutschen Minderheiten in beiden Ländern herausgehobene Bedeutung. Aufgabe und Zielvorgabe des Bereichs Grundsatzfragen ist die Ausschöpfung des gesamten Arbeitsrahmens, um die Themen und zu verabschiedenden Beschlüsse der Gremiensitzungen stringent vorzubereiten und deren Umsetzung zu begleiten. Der Bereich fungiert als wesentliche Schnittstelle zwischen den Beschlüssen der Gremien und deren Implementierung in die allgemeine Verbandsarbeit.

gleichbar zu der kontinuierlichen Ansprache der Jugendverbände in Deutschland, über klassische und neue Kommunikationswege verstärkt Jugendliche zur Teilnahme an zentralen Veranstaltungen des BdV zu motivieren. Sichtbarmachung der eigenen Bindungen an die Generationen der Eltern und Großeltern ist Teil der Jugendarbeit der Verbände.

Der Dialog mit den Vertretern der Verbände der deutschen Minderheiten ist überaus förderlich, um den grenzüberschreitenden Ansatz der Arbeit des Verbandes zu vertiefen. Daher

wurden im Zuge der verständigungspolitischen Arbeit im Umfeld der Großveranstaltungen Gespräche mit den Jugendverbändevertretern geführt. Dabei stand vor allem der Gedanke der Völkerverständigung im Fokus.

In einem festen Format informiert der Bereich die Jugendverbände laufend über relevante Entwicklungen in Gesellschaft

und Politik. Er weist auf Teilnahmemöglichkeiten bei Wettbewerben, Ausschreibungen und Bundesprogrammen hin. Es bleibt weiterhin von zentraler Bedeutung, dass die Bundesgeschäftsstelle als anerkannter Ansprechpartner die Fäden zusammenführt und die wechselnden Akteure in den Vorständen der Jugendorganisationen mit- und untereinander bekannt macht.

4.3 Zeitzeugen

Die ab 2015 aufgebaute Zeitzeugendatenbank beim BdV wird weiterhin angefragt. Jährlich – so auch im Berichtszeitraum – erreichen den Verband eine hohe Anzahl von Anfragen zur Vermittlung von Zeitzeugen. Datenbankpflege und Bewerbung möglicher Zeitzeugengespräche bzw. -einsätze in den Reihen der Vertriebenenverbände und der Landsmannschaften mussten koordiniert werden. Der Umfang der Zeitzeugendatenbank beläuft sich zum Ende des Berichtszeitraums auf 330 Zeitzeugen bundesweit. Ausgeschiedene Zeitzeugen konnten durch neue Aufnahmen nicht mehr vollumfänglich ausgeglichen werden, da die Zielgruppe der Zeitzeugen thematisch bedingt naturgemäß kleiner wird.

Auf der Grundlage der Zeitzeugendatenbank wurde die Vermittlung von Zeitzeugen an Schulen, Universitäten, Jugendforen, Podiumsdiskussionen, aber auch für Interviews, Radio- und Fernsehbeiträge etc. fortgesetzt. Hilfreich ist dabei die Auffindbarkeit des Projektes über die BdV-Homepage, da dort das Prozedere der Vermittlung eines Zeitzeugen knapp und übersichtlich darstellt wird.

Das Zeitzeugenprojekt ist eine hervorragende Plattform des Erfahrungs- und Wissensaustauschs zwischen den Generationen. Es ergänzt dabei die Arbeit des Bereiches Bildungspolitik sinnvoll. Die Rückmeldungen nach erfolgreich durchgeföhrten Projekten mit Zeitzeugen belegen nachdrücklich, dass in der Gesellschaft ein großes Interesse daran besteht, mit Zeitzeugen ins Gespräch zu kommen. Sie werden als authentische Zeugen der deutschen Geschichte wahrgenom-



© BdV

Zeitzeugen in der Bundesrepublik Deutschland.

men, gerade auch weil ihre Anzahl von Jahr zu Jahr schwindet. Ihre Aussagen und Einsätze gewinnen dadurch an Gewicht.

5 Verständigungs- und Bildungspolitik

5.1 Verständigungspolitik

Die Mitgliedsorganisationen, darunter ganz besonders intensiv die landsmannschaftlichen Gruppierungen, leisten Erhebliches in der Zusammenarbeit mit den deutschen Volksgruppen und Minderheiten.

Die Zusammenarbeit mit den deutschen Volksgruppen in den östlichen Nachbarstaaten, überwiegend über die Landsmannschaften und deren Organisationen, wurde 2023 fortgeführt. Viele Angebote konnten nach wie vor im digitalen Raum stattfinden bzw. Kontakte und Beratungsangebote über Telefonate aufrechterhalten werden. Die Bundesgeschäftsstelle stand hier zudem wie in der Vergangenheit als Ansprechpartner und Mittler für die Anliegen der deutschen Volksgruppen zur Verfügung und beantwortete z.B. Anfragen zur Kontaktvermittlung, zur Organisation, zur Durchführung oder zur Förderung. Überdies wurde vielfach Unterstützung und Kontaktvermittlung auch bei Anfragen von verbandsexternen Vertriebenen, Aussiedlern, Spätaussiedlern und deren Nachkommen geleistet, die im Sinne der Verständigungspolitik tätig werden wollten.

Bei Maßnahmen, die der Förderung des friedlichen Miteinanders mit den Völkern Ostmittel-, Ost-, und Südosteuropas dienen, nimmt die Bundesgeschäftsstelle Koordinierungsaufgaben wahr und stimmt mit dem BMI die Förderung von Projekten im Rahmen der Maßnahmen zur Verständigungspolitik ab. Hierzu zählen die Unterstützung der Mitgliedsverbände bei der Beantragung von Fördermitteln wie auch

Beratungsangebote für die Durchführung verständigungspolitischer Maßnahmen. Auch in diesem Jahr konnte ein anhaltendes hohes Interesse an der Beantragung und Umsetzung von Veranstaltungen verzeichnet werden. Die Kontakte und Beratungsangebote konnten vorwiegend über Telefonate, aber auch per E-Mail oder Videochat durchgeführt werden.

Weiterhin war ein großes Anliegen der Mitgliedsverbände, bei der Durchführung von Veranstaltungen im digitalen Raum Unterstützung zu finden. Die Bundesgeschäftsstelle verfügt hier über einen breiten Erfahrungsschatz, sodass eine kompetente Beratungsfunktion für die Mitgliedsverbände gewährleistet werden konnte. Insbesondere die Umsetzung digitaler Formate, deren Einrichtung über Video-Portale sowie die Bewerbung und Publikation im Internet, über E-Mail-Verteiler, auf den Plattformen der Sozialen Medien oder die Vor- und Nachbereitung waren nachgefragt. Daneben bestand ebenso Interesse an Informationen zur Beschaffung erforderlicher Hard- und Software.

Erfreulich hervorzuheben ist schließlich, dass wieder verständigungspolitische Begleitveranstaltungen zu den Wandausstellungen der Stiftung **ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN** angeboten werden konnten. Wenngleich einige beantragte Veranstaltungen abgesagt werden mussten, da die Ausstellungen aufgrund kurzfristig auftretender Probleme vor Ort nicht gezeigt werden konnten, kann für die durchgeführten Veranstaltungen eine positive Bilanz gezogen werden (siehe Punkt „Verständigungs- und bildungspolitische Veranstaltungen“).

5.2 Bildungspolitik

Im Bereich Bildungspolitik konnte die Bundesgeschäftsstelle die Landesverbände und Landsmannschaften bei geplanten Maßnahmen sowie in deren Durchführung beraten und unterstützen. Weiterhin konnten inhaltliche Vorschläge für Themen gemacht werden, die sich beispielsweise an wichtigen Jahrestagen orientierten. Nach wie vor war die Unterstützung bei der Umsetzung von Online-Formaten, erforderliche Soft- und Hardwareanschaffung sowie technische Beratung gefragt.

Überdies hat die Bundesgeschäftsstelle die Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) als anerkannter Bildungsträger fortgeführt und einige umfang-

reiche Maßnahmen beantragt. Deren Umsetzung musste jedoch aufgrund der im Jahr 2023 noch geltenden Förderrichtlinien zurückgestellt werden, auch weil wegen der anhaltend hohen Durchführungskosten – insbesondere Raummiete, Verpflegung und Reisekostenerstattung betreffend – in der Planung keine Kostendeckung erreicht werden konnte. An der Bildungszusammenarbeit mit der BpB soll jedoch festgehalten werden, zumal seit dem 1. Januar 2024 neue, grundlegend überarbeitete Richtlinien in Kraft getreten sind, die eine flexiblere Finanzierung ermöglichen sollen. Das Ziel der Bundesgeschäftsstelle bleibt, auch in Zukunft qualitativ hochwertige Bildungsveranstaltungen anzubieten.

6 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

6.1 Allgemeines

Hohes öffentliches und Medieninteresse begleitete die Arbeit des Bundes der Vertriebenen im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auch im Jahr 2023. Dies spiegelte sich im Internet, auf den Social-Media-Kanälen des Verbandes, in der Tagespresse und z.T. auch in Rundfunk- und Fernsehanstalten wider.

Zentrale Positionen des BdV zu aktuellen Ereignissen und Themen wurden überwiegend über Pressemitteilungen und kürzere Statements kommuniziert. Die Berichterstattung über eigene Veranstaltungen, Termine oder Gespräche fand über redaktionell erstellte Pressetexte statt. Für die Reichweite der Veröffentlichungen, die eine überwiegend positive Resonanz fanden, wächst Jahr für Jahr die Bedeutung der Internetseite, aber auch der Auftritt des BdV in den sozialen Medien, gerade im Hinblick auf ein jüngeres Zielpublikum.

Im Zusammenhang mit der Arbeit des BdV, mit zentralen Terminen bzw. angeregt von den Presseveröffentlichungen fragten Journalisten aus den unterschiedlichen Medien, zum Teil auch aus dem Ausland, zu Arbeitsfeldern und Positionen des Verbandes an und wünschten Interviews oder Hinter-

grundinformationen. In bewährter Weise wurden Informationsanfragen in enger Abstimmung mit dem Bereich Grundsatzfragen bearbeitet. Positionierungen zu den verschiedenen Themen wurden den Medien sowie der interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Besondere thematische Schwerpunkte waren auch 2023 u.a. der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine und die damit verbundenen Folgen und Auswirkungen für die deutsche Minderheit sowohl in der Ukraine wie auch in Russland, aber auch die Situation im Kriegsgebiet und die Spendenaktion „Nothilfe für die Deutschen aus der Ukraine“. Besondere Beachtung fanden außerdem die Härtefallregelung für Spätaussiedler, aber die verschiedenen Veranstaltungen des Verbandes, so etwa der Jahresempfang mit Bundeskanzler Olaf Scholz oder der Tag der Heimat mit dem ukrainischen Botschafter Oleksii Makeiev. Als ständige Themen blieben auch 2023 die Positionen des BdV zur Altersarmut bei Spätaussiedlern, zur Situation der deutschen Minderheiten in den Staaten Ostmittel-, Ost- und Südosteuropas sowie in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, zur grenzüberschreitenden Arbeit des Verbandes und seiner Mitglieder insgesamt sowie zur politischen Vertretung der Verbandsthemen in der Bundes- bzw. den Landesregierungen im Fokus.

6.2 DOD – Deutscher Ostdienst

Die Zeitschrift „DOD – Deutscher Ostdienst“ ist zunächst ein Spiegel der verständigungspolitischen Aktivitäten des Gesamtverbandes, wie sie auf den verschiedenen Ebenen der Gliederungen geleistet wird. Dazu kommen Berichte aus denjenigen Museen, Einrichtungen und Institutionen, die einen klaren verständigungspolitischen Schwerpunkt haben. Außerdem berichtet die Zeitschrift über die zentralen Veranstaltungen, die Gremienarbeit des Bundesverbandes sowie die überregional wichtigen Termine der Mitgliedsverbände, um den Erfolgen, der weiteren Planung sowie der öffentlichen Würdigung der geleisteten Verständigungsarbeit ein Forum zu bieten.

Adressaten sind daher zum einen in besonderer Weise Multiplikatoren bzw. Fachleute in Politik und Kultur. Viele wichtige Entscheidungsträger im Deutschen Bundestag, in den Landesparlamenten, der Bundes- und den Landesregierungen und in den zuständigen Ministerien bzw. der Verwaltung erhalten den DOD, dazu die Redaktionen der Vertriebenenzeitungen bundesweit sowie der Zeitungen der deutschen Minderheiten in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa. Etliche der weit über 100 Presseorgane in den Verbandsgliederungen drucken

regelmäßig Berichte aus der Zeitschrift nach oder veröffentlichen diese auf ihren Internetseiten und erhöhen so mittelbar deren Reichweite. Zum anderen richtet sich die Zeitschrift aber traditionell an Verbandsmitglieder, die umfassend und zentral über die im besonderen Bundesinteresse geleistete Arbeit des Verbandes und seiner Mitglieder, insbesondere im verständigungspolitischen und grenzüberschreitenden Bereich, informiert werden müssen, sowie an die thematisch interessierte Öffentlichkeit.

Schwerpunktthemen blieben Flucht und Vertreibung, Kultur und Geschichte der ehemaligen deutschen Ostgebiete und der Deutschen im östlichen Europa, Geschichte und Eingliederung der Aussiedler und Spätaussiedler, die Situation der deutschen Minderheiten in Europa und Fragen der Verständigungspolitik, auch mit den Nachbarländern, die aktuelle Flüchtlingslage und allgemeine Fragen der Migration und Integration, menschenrechtliche Fragen sowie die zentralen Verbandsveranstaltungen, in denen sich die aufgezählten Themen wiederfinden. Eine zentrale Stelle nimmt in jeder Ausgabe die Berichterstattung über die kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen und Aktivitäten der Landesmu-



seen ein, die sich mit den historischen deutschen Ostgebieten und den Siedlungsgebieten der Deutschen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa beschäftigen.

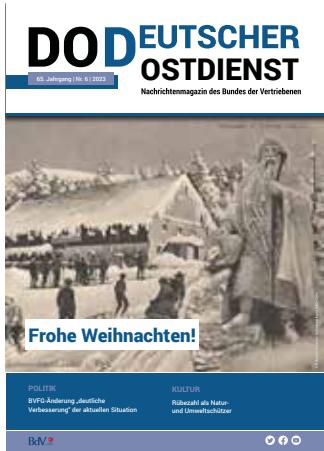
Gleichzeitig übernimmt der DOD die Berichtspflicht über durch den Bund geförderte Maßnahmen im Bereich der Vertriebenen und Aussiedler, für die das Bundesinteresse bereits durch die Förderung nachgewiesen ist und die sich fast ausschließlich im Bereich der verständigungspolitischen Arbeit bewegen. Obwohl der Zuwendungsgeber großes Interesse an einer öffentlichen Berichterstattung über diese Aktivitäten hat, erfolgt diese in den Leitmedien oder der Lokalpresse zögerlich. Seine daraus resultierende Mitbedeutung als Evaluationsorgan über den Erfolg der projekt- und institutionell geförderten Bundesmaßnahmen hat der DOD auch 2023 weiter verfolgt.

Große Beachtung fand im Berichtsjahr weiterhin die Berichterstattung über den Ukrainekrieg, speziell im Hinblick auf seine Folgen für die deutsche Volksgruppe in der Ukraine. Diese Erweiterung der Berichterstattung führte zu lebhaftem Interesse und zahlreichen Nachfragen interessierter Leser, aber auch von Journalisten. Ebenfalls ausführlich berichtet wurde über verständigungspolitische Themen und Inhalte, wie zum Beispiel über den Umgang mit dem Danziger Parlamentenschatz, den die Union evangelischer Kirchen in Deutschland (UEK) an den Herkunftsland, die Danziger Marienkirche, zurückgeben wird. Die Situation der deutschen Volksgruppen nicht nur in Polen, sondern in Osteuropa insgesamt ist immer wieder Thema der Berichterstattung gewesen.

Internationale Fragen von Flucht und Vertreibung waren immer wieder Thema und wurden etwa über Buchbesprechungen wie etwa über die Neuerscheinung „Die zwei Gesichter der Zerstörung“ thematisiert. Die wichtigsten bundesweiten Veranstaltungen des Verbandes fanden in der Berichterstattung über den Jahresempfang mit Bundeskanzler Olaf Scholz oder die umfangreiche Berichterstattung über den Tag der Heimat mit dem ukrainischen Botschafter Oleksii Makeiev ihren Niederschlag, genauso wie die zentralen Veranstaltungen der Mitgliedsverbände mit überregionaler Bedeutung, die aus unterschiedlichen Anlässen und z.T. mit eigenem verständigungspolitischen Schwerpunkt durchgeführt wurden.

Daneben waren die Museen, Einrichtungen und Institutionen Gegenstand der Berichterstattung. Die politischen Gespräche des Präsidenten bzw. des Präsidiums mit politischen Partnern sowie vertriebenenpolitische Entwicklungen in den Bundesländern waren ebenfalls ein dauerndes Berichtsthema. Veranstaltungsvorschauen für die Gliederungen sowie die unterschiedlichen, thematisch verwandten Institutionen und Museen erfreuen sich nach wie vor großer Beliebtheit und runden zusammen mit Besprechungen aktueller Buch-Neuerscheinungen die Berichterstattung ab.

Im Laufe der Jahrzehnte hat der DOD einen großen Wandel durchlaufen. Die Zeitschrift hat sich stets darum bemüht, neuen und anderen Lesegewohnheiten Rechnung zu tragen. Daher war es nach 20 Jahren im alten Layout an der Zeit für eine Neugestaltung, die 2022 geplant, aber 2023 dann zur Umsetzung kam. Es handelt sich um eine umsichtige Weiterentwicklung des bisherigen Layouts, durch die der DOD attraktiv bleibt, gleichzeitig optisch ansprechender wird und mit dem auch der Informationsgehalt durch crossmediale Verweise gesteigert wird – auch für den DOD ein Aufbruch in das moderne, digitale Zeitalter. Diese Veränderungen ist bei den Lesern sehr gut angekommen. Allerdings wird diese Tendenz der Digitalisierung und crossmedialen Verbreitung auch anhalten. Der DOD wird sich auch in Zukunft weiter verändern müssen, um wahrgenommen zu werden. Neben der inhaltlichen Arbeit ist das eine der großen Herausforderungen der Zukunft.



6.3 Online-Präsenz und Social Media

Die Internetseite des Verbandes unter www.bund-der-vertriebenen.de ist ebenso wie die Social-Media-Präsenz zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes geworden. Social-Media-Accounts werden bei Facebook, Twitter und YouTube unterhalten und fortwährend gepflegt. Auf allen Kanälen wird über wichtige verständigungspolitische und verbands-politische Fragen informiert. Veranstaltungen des Verbandes werden teilweise online live übertragen oder sind später auf den Social-Media-Kanälen abrufbar. Auf der Startseite im Internet wird regelmäßig auf aktuelle Themen hingewiesen, über die Veranstaltungen wird umfangreich berichtet.

Insbesondere für Journalisten ist die Internetseite somit eine

unverzichtbare Quelle, zugleich erfüllt die Seite auch eine wichtige Archivfunktion insbesondere zur jüngeren Geschichte des Verbandes. So ist über die Internetseite auch der Zugang zum bereits erwähnten digitalen Archiv des DOD möglich, der komplett digitalisiert und nach Stichworten durchsuchbar zur Verfügung steht. Genauso wichtig ist die Social-Media-Präsenz des Verbandes, insbesondere bei Facebook. Alle Mitteilungen werden dort veröffentlicht und entfalten eine deutliche Breitenwirkung. Auch andere aktuelle Themen, die nicht in Form einer Pressemitteilung veröffentlicht werden, finden dort ihren Niederschlag. Durch die Interaktivität sozialer Netzwerke führt das zu Diskussionen und Rückfragen interessierter Bevölkerungskreise, aber auch von Journalisten.

7 Zentrale Aufgaben

7.1 Haushalt und Organisation

Wie in den Vorjahren nahm die Bundesgeschäftsstelle die Planung, Umsetzung, Aufsicht und Kontrolle der finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen des Gesamtverbandes wahr. Dazu gehörte u.a. die Aufstellung, Durchführung und Abrechnung des institutionellen Haushaltes sowie der Projekthaushalte innerhalb der Bundesgeschäftsstelle.

Zentrale Veranstaltungen wie z.B. Jahresempfang, Bundesausschusssitzung, Bundesversammlung mit Neuwahlen des Präsidiums, Tag der Heimat, Kranzniederlegung, Plakettenverleihungen, MBE-Arbeitsgespräche oder verständigungs- bzw. bildungspolitische Veranstaltungen fanden 2023 überwiegend in Präsenz und teilweise in hybride statt. Sitzungen des Präsidiums und MBE-Arbeitsgespräche

wurden auch teilweise in rein digitaler Form organisiert und umgesetzt.

Die Bundesgeschäftsstelle wirkt koordinierend und unterstützend für die Zusammenarbeit des Bundesverbandes und der Mitgliedsverbände mit der Bundes- und den Landeszentralen für politische Bildung.

Auch 2023 wurden wieder zahlreiche Personen für ihre Verdienste für den Verband und dessen Anliegen geehrt und mit Silbernen und Goldenen Ehrennadeln sowie mit der Plakette „Pro Meritis“ bzw. der Ehrenplakette ausgezeichnet.



7.2 Vertriebenen- und aussiedlerspezifische Anfragen

Im Rahmen der allgemeinen Anfragen standen die Bereiche der Renten- und Sozialgesetze im Vordergrund. Die Altersarmut von Spätaussiedlern ist ein seit Jahren vom Bund der Vertriebenen gegenüber der Politik vertretenes, wichtiges Thema, und stellt sich gerade in den Familien, aber auch in Politik und Gesellschaft als eines der drängendsten dar. Die Nachteile für Spätaussiedler in der Rente müssen im Sinne der sozialen Gerechtigkeit ausgeglichen werden. Hierzu fordert der BdV eine Rücknahme von ungerechten Regelungen im Rentenrecht, insbesondere im Bereich des Fremdrentengesetzes, die seit den 1990er Jahren bestehen.

Im Rahmen der Einrichtung eines Härtefallfonds zur Abmil-

derung von Härtefällen im Rentenrecht gab es im Jahr 2023 eine Vielzahl von Anfragen zum Antragsverfahren, zu den Voraussetzungen und zur Umsetzung der Leistungsgewährung. Der BdV stand dazu auch in guter Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle der Stiftung Härtefallfonds und nahm aktiv an den Sitzungen des Fachbeirats zum Härtefallfonds beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) teil. Anfragen von Spätaussiedlern betrafen auch die Möglichkeiten der Höherstufung des Status von § 7 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) auf § 4 BVFG. Die Höherstufung wird häufig im Zusammenhang mit der Beantragung einer Rente nachgefragt. Der Status als Spätaussiedler nach § 4 BVFG

gewährt den Zugang zum Fremdrentenrecht, und damit die Anerkennung der Rentenzeiten, während der Status des Ehegatten oder Abkömmlings nach § 7 BVFG keine Berücksichtigung der in den Herkunftsländern erarbeiteten Anwartschaften vorsieht.

Eine Vielzahl von Anfragen erreichte die Geschäftsstelle im Zusammenhang mit der aufgrund eines höchstrichterlichen Urteils restriktiver gewordenen Aufnahmepraxis für Spätaussiedler. Die Betroffenen – Spätaussiedlerbewerber aus den Aussiedlungsgebieten und deren Angehörige bzw. Kontakt Personen in Deutschland oder deren Verbände – baten um Unterstützung und Erläuterung der rechtlichen Anforderungen sowie um Aktivitäten zur Änderung der gesetzlichen Vorschriften. Insbesondere betrafen die Anfragen die Themen „Gegenbekenntnis“, Abstammung und Beibringung von Unterlagen sowie die Grundsatzfrage, ob eine kriegsbedingte Flucht aus dem Aussiedlungsgebiet das Kriegsfolgeschicksal beendet. Die Bundesgeschäftsstelle beteiligte sich u.a. mit Stellungnahmen und Vorschlägen an einer entsprechenden

Gesetzesänderung, die am 23. Dezember 2023 in Kraft trat. Im Zusammenhang mit melderechtlichen und personenstandsrechtlichen Einträgen hat die Bundesgeschäftsstelle immer wieder Anfragen von Vertriebenen und deren Nachkommen zur korrekten Eintragung des Geburtsortes beantwortet. Anfragen zur Familienforschung, wegen fehlender Personenstandsurkunden und Erbensuchanfragen konnten zufriedenstellend bearbeitet oder an entsprechende Stellen verwiesen werden.

Nach wie vor wenden sich Nachkommen von deutschen Heimatvertriebenen an die Bundesgeschäftsstelle und erbitten Informationen zu Einzelschicksalen, zu Flucht und Vertreibung aus bestimmten Regionen und zum Schicksal bzw. Aufenthalt von Verwandten nach der Vertreibung. Hier offenbaren sich viele Wissenslücken zum eigenen Familienschicksal, zur Geschichte von Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg, aber auch zur deutschen Geschichte insgesamt. Insofern wird eine intensive Zusammenarbeit mit dem Bereich Bildungspolitik gepflegt.

7.3 Datenschutz

Eine Aufgabe der Bundesgeschäftsstelle im Berichtszeitraum blieb auch die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO). Da der Bund der Vertriebenen personenbezogene Daten einer besonderen Kategorie nach Art. 9 DSGVO erhebt, speichert und verarbeitet, sind von der Bundesgeschäftsstelle besondere Anforderungen an die Datensicherheit zu beachten, die durch den Datenschutzbeauftragten zu über-

wachen sind. Das gilt auch für die Mitgliedsverbände, die eigene Datenschutzbeauftragte haben. Das für die Mitgliedsverbände bestehende Serviceangebot der Bundesgeschäftsstelle zum Datenschutz und zur Datensicherheit wurde aufrechterhalten und aktualisiert. Auf der Internetseite stehen im Mitgliederbereich erforderliche Vordrucke, Formulare und weitere Informationen abrufbar bereit.

7.4 Korruptionsprävention

Die Bundesgeschäftsstelle setzt die Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung vom 30. Juni 2004 durch entsprechende personelle und organisatorisch-administrative Maßnahmen um. Die Verhaltensstandards zur Korruptionsprävention werden für alle

Beschäftigten schriftlich verbindlich gemacht. Diese schriftliche Verpflichtung ist Bestandteil der Personalakten. Darüber hinaus werden die Beschäftigten anlässlich von Besprechungen mindestens jährlich auf die Korruptionspräventionsregeln und deren Einhaltung hingewiesen.

8 Organe und Mitglieder des Verbandes

(Stand: 31. Dezember 2023)

8.1 Präsidium

Dr. Bernd Fabritius	Präsident
Stephan Grigat	Vizepräsident
Raimund Haser MdL	Vizepräsident
Steffen Hörtler	Vizepräsident
Stephan Mayer MdB	Vizepräsident
Egon Primas	Vizepräsident
Johann Thießen	Vizepräsident
Rita Hagl-Kehl MdB	Mitglied des Präsidiums
Milan Horáček	Mitglied des Präsidiums
Siegbert Ortmann	Mitglied des Präsidiums
Stephan Rauhut	Mitglied des Präsidiums
Brunhilde Reitmeier-Zwick	Mitglied des Präsidiums
Heiko Schmelzle	Mitglied des Präsidiums
Dr. Maria Werthan	Mitglied des Präsidiums kraft Amtes
Dr. Ernst Gierlich	Kooptiertes Mitglied des Präsidiums



8.2 Bundesausschuss

Der Bundesausschuss bestand aus:

- 1. den Mitgliedern des Präsidiums**
- 2. den Vertretern der Landesverbände**

Hartmut Liebscher	Landesverband Baden-Württemberg
Christian Knauer	Landesverband Bayern
Rüdiger Jakesch	Landesverband Berlin
Harald Heerwagen	Landesverband Brandenburg
Helmut Gaber	Landesverband Bremen
Willibald J.C. Piesch	Landesverband Hamburg
Siegbert Ortmann	Landesverband Hessen
Editha Westmann	Landesverband Niedersachsen
Rudi Pawelka	Landesverband Nordrhein-Westfalen
Tobias Meyer	Landesverband Rheinland-Pfalz
Bernhard Krastl	Landesverband Saarland
Frank Hirche	Landesverband Sachsen/Schlesische Lausitz
Elfriede Hofmann	Landesverband Sachsen-Anhalt
Fedor M. Mrozek	Landesverband Schleswig-Holstein
Egon Primas	Landesverband Thüringen

- 3. den Vertretern der Landsmannschaften**

Peter-Dietmar Leber	Landsmannschaft der Banater Schwaben
Brigitte Bornemann	Bessarabiendeutscher Verein

Marcel Pauls	Bund der Danziger
Andreas Hansen	Deutsch-Baltische Gesellschaft
Johann Thießen	Landsmannschaft der Deutschen aus Russland
Joschi Ament	Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn
Hans Supritz	Landsmannschaft der Donauschwaben
Brunhilde Reitmeier-Zwick	Karpatendeutsche Landsmannschaft
Klaus Plaszczyk	Landsmannschaft der Oberschlesier
Dr. Bernd von Sydow	Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark
Stephan Grigat	Landsmannschaft Ostpreußen
Margrit Schlegel/Adalbert Raasch	Pommersche Landsmannschaft
Thomas Erös	Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben
Stephan Rauhut	Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien
Rainer Lehni	Verband der Siebenbürger Sachsen in Deutschland
Bernd Posselt	Sudetendeutsche Landsmannschaft
Dr. Lothar Jakobi	Landsmannschaft Weichsel-Warthe
Prof. Dr. Erik Fischer	Westpreußische Gesellschaft

4. den Vertretern der außerordentlichen Mitgliedsverbände

Dr. Maria Werthan	Frauenverband im Bund der Vertriebenen
Dr. Ernst Gierlich	Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Dr. Christean Wagner	Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

8.3 Bundesversammlung

Die Bundesversammlung besteht laut Satzung aus den Mitgliedern des Präsidiums sowie Beauftragten der Mitgliedsverbände, die von diesen benannt werden. Sie hat eine wechselnde Zusammensetzung. Im Rahmen der Bundesversammlung 2023 wurde das Präsidium neu gewählt.



Als höchstes Beschlussorgan des Bundes der Vertriebenen tagte die diesjährige Bundesversammlung in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund.

8.4 Kontaktdaten der Landesverbände

(Stand: Redaktionsschluss)

Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Landesvorsitzender: Hartmut Liebscher
Schloßstraße 92/III, 70176 Stuttgart
Tel.: 0711/625277, Fax: 0711/610162
Internet: www.bdv-bw.de
E-Mail: zentrale@bdv-bw.de

E-Mail: bdvlandbrandenburg@yahoo.de
Landesverband der vertriebenen

Berliner Landesverband der Vertriebenen e.V.

Landesvorsitzender: Staatssekretär a.D.
Rüdiger Jakesch
Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin
Tel.: 030/2547343, Fax: 030/2547344
Internet: www.bdv-bln.de
E-Mail: info@bdv-bln.de

Deutschen in Hamburg e.V.
Teilfeld 8, 20459 Hamburg
Tel. und Fax: 040/346359
Internet: www.lvd-hh.de
E-Mail: haus_heimat@web.de

Landesverband Bremen e.V.

Landesvorsitzende: Helmuth Gaber
Erbrichterweg 7 a, 28357 Bremen
Tel.: 0421/6393515
E-Mail: helmuth_gaber@web.de

Landesverband Niedersachsen e.V.
Landesvorsitzende: Editha Westmann
Königsworther Straße 2, 30167 Hannover
Tel.: 0511/470661-0, Fax: 0511/470661-3
Internet: www.bdv-ni.de
E-Mail: info@bdv-ni.de

Landesverband Hessen e.V.

Landesvorsitzender: Siegbert Ortmann
Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611/36019-0, Fax: 0611/36019-22
Internet: www.bund-der-vertriebenen-hessen.de
E-Mail: buero@bdv-hessen.de

Bund der Vertriebenen und Heimattreuen
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.
Landesvorsitzender: Tobias Meyer
Im Tiefenthal 12, 67454 Haßloch
Tel.: 0177/7749591
Internet: www.bdv-rheinland-pfalz.de
E-Mail: t.meyer@bdv-rheinland-pfalz.de

Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.

Landesvorsitzender: Rudi Pawelka
Bismarckstraße 90, 40210 Düsseldorf
Tel.: 0211/350361, Fax: 0211/369676
E-Mail: bdv-nrw@gmx.de

Landesverband der Vertriebenen und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen/Schlesische Lausitz e.V.
Landesvorsitzender: Frank Hirche
Werminghoffstraße 11, 02977 Hoyerswerda/
OT Knappenrode
Tel.: 03571/605187
Internet: www.vertriebene-in-sachsen.de
E-Mail: c.florian-lvs@t-online.de

Landesverband Saar e.V.

Landesvorsitzender: Bernhard Krastl
Brüneschholzstraße 9, 66459 Kirkel
Tel.: 06841/89461, Fax: 06841/890115
E-Mail: bernhard.krastl@t-online.de

Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
Landesvorsitzende: Elfriede Hofmann
Straße der Jugend 115, 39218 Schönebeck/Elbe
Tel. und Fax: 03928/421344
Internet: www.bdv-lsa.info
E-Mail: bdv-lsa-sbk@gmx.de

Landesverband Bayern e.V.

Landesvorsitzender: Landrat a.D. Christian Knauer
Am Lilienberg 5, 81669 München
Tel.: 089/481447, Fax: 089/482621
Internet: www.bdv-bayern.de
E-Mail: info@bdv-bayern.de

Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Landesvorsitzender: Fedor M. Mrozek
Heidberg 12 A, 25813 Husum
Tel.: 04841/720777
E-Mail: brigitte-kinzel7@gmx.de

Landesverband Brandenburg e.V.

Landesvorsitzender: Harald Heerwagen
Zum Jagenstein 3, 14478 Potsdam
Tel.: 0331/813686, Fax: 0331/8710174
Internet: www.bdv-lv-brandenburg.de

Bund der Heimatvertriebenen e.V.
Landesverband Thüringen
Landesvorsitzender: Egon Primas
Löberwallgraben 1, 99096 Erfurt
Tel.: 0361/6607230, Fax: 0361/6606092
Internet: www.bdv-thueringen.de

8.5 Kontaktdaten der Landsmannschaften

Landsmannschaft der Banater Schwaben e.V.

Bundesvorsitzender: Peter-Dietmar Leber
 Karwendelstraße 32, 81369 München
 Tel.: 089/2355730, Fax: 089/23557310
 Internet: www.banater-schwaben.de
 E-Mail: landsmannschaft@banater-schwaben.de

Bessarabiendeutscher Verein e.V.

Vorsitzender: Brigitte Bornemann
 Florianstraße 17, 70188 Stuttgart
 Tel.: 0711/4400770, Fax: 0711/4400720
 Internet: www.bessarabien.de
 E-Mail: verein@bessarabien.de

Bund der Danziger e.V.

Bundesvorsitzende: Marcel Pauls
 Fleischhauerstraße 37, 23552 Lübeck
 Tel.: 0451/77303, Fax: 0451/75617
 Internet: www.danziger.info
 E-Mail: post@danziger.info

Deutsch-Baltische Gesellschaft e.V.

Bundesvorsitzender: Andreas Hansen
 Herdweg 79, 64285 Darmstadt
 Tel.: 06151/43457, Fax: 06151/48302
 Internet: www.deutsch-balten.de
 E-Mail: info@deutsch-balten.de

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V.

Bundesvorsitzender: Johann Thießen
 Raitelsbergstraße 49, 70188 Stuttgart
 Tel.: 0711/166590, Fax: 0711/2864413
 Internet: www.lmdr.de
 E-Mail: kontakt@lmdr.de

Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn e.V.

Bundesvorsitzender: Joschi Ament
 August-Karolus-Str. 8 b, 74889 Sinsheim
 Tel.: 07261/17667
 Internet: www.ldu-online.de
 E-Mail: j.ament@ldu-online.de

Landsmannschaft der Donauschwaben e.V.

Bundesvorsitzender: Jürgen Harich
 Ravensburger Str. 91, 89079 Ulm
 Tel.: 0731/43618, Fax: 0731/483155
 Internet: www.haus-donauschwaben.de
 E-Mail: info@haus-donauschwaben.de

Karpatendeutsche Landsmannschaft Slowakei e.V.

Bundesvorsitzende: Brunhilde Reitmeier-Zwick
 Schloßstraße 92/II, 70176 Stuttgart
 Tel.: 0711/626262, Fax: 0711/6201437
 Internet: www.karpatendeutsche.de
 E-Mail: Landsmannschaft@Karpatenpost.de

Landsmannschaft der Oberschlesier e.V.

Bundesvorsitzender: Klaus Plasczek
 Bahnhofstraße 71, 40883 Ratingen
 Tel.: 02102/68033, Fax: 02102/66558
 Internet: www.obergeschlesien.de
 E-Mail: bundesverband@obergeschlesien.de

Landsmannschaft Ostbrandenburg/Neumark e.V.

Bundesprecher: Dr. Bernd von Sydow
 Haus Brandenburg, Parkallee 14,
 15517 Fürstenwalde
 Tel.: 03361/310952, Fax: 03361/310956
 Internet: www.stiftung-brandenburg.de
 E-Mail: info@stiftung-brandenburg.de

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Sprecher: Stephan Grigat
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 Tel.: 040/4140080, Fax: 040/41400848
 Internet: www.Ostpreussen.de
 E-Mail: presse@ostpreussen.de

Pommersche Landsmannschaft e.V.

Sprecherin: Margrit Schlegel
 Sprecher: Adalbert Raasch
 c/o Margrit Schlegel
 Postfach 130268, 45446 Mülheim an der Ruhr
 Tel.: 0208/485950
 Internet: www.pommersche-landsmannschaft.de
 E-Mail: ma.schlegel@gmx.de

Landsmannschaft der Sathmarer Schwaben e.V.

Bundesvorsitzender: Thomas Erös
 Mühlbaurstr. 14, 81677 München
 Tel.: 0151/15011861
 E-Mail: TomMuc81677@gmx.de

Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V.

Bundesvorsitzender: Stephan Rauhut
 Dollendorfer Straße 412, 53639 Königswinter
 Tel.: 02244/92590, Fax: 02244/9259290
 Internet: www.schlesien-lm.de
 E-Mail: landsmannschaft@schlesien-lm.de

**Verband der Siebenbürger Sachsen
in Deutschland e.V.**

Bundesvorsitzender: Rainer Lehni
Karlstraße 100, 80335 München
Tel.: 089/23660911, Fax: 089/23660915
Internet: www.siebenbuerger.de
E-Mail: info@siebenbuerger.de

**Sudetendeutsche Landsmannschaft,
Bundesverband e.V.**

Sprecher und Bundesvorsitzender: Bernd Posselt
Hochstraße 8, 81669 München
Tel.: 089/48000340, Fax: 089/48000344
Internet: www.sudeten.de
E-Mail: info@sudeten.de

**Landsmannschaft Weichsel-Warthe
Bundesverband e.V.**

Bundessprecher: Dr. Lothar Jakobi
Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611/379787
E-Mail: lww@gmx.de

Westpreußische Gesellschaft e.V.

Bundesvorsitzender: Prof. Dr. Erik Fischer
Mühlendamm 1, 48167 Münster-Wolbeck
Tel.: 02506/305750, Fax: 02506/305761
Internet: www.westpreussen-online.de
E-Mail: info@westpreussische-gesellschaft.de

8.6 Außerordentliche Mitgliedsverbände

Frauenverband im Bund der Vertriebenen e.V.

Präsidentin: Dr. Maria Werthan
Pochmühlenweg 85, 52379 Langerwehe
Tel.: 02423/1236
Internet: www.frauenverband-bdv.de
E-Mail: Frauenverband-bdv@web.de

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Vorsitzender: Dr. Ernst Gierlich
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Tel.: 0228/915120
Internet: www.kulturstiftung.org
E-Mail: kulturstiftung@t-online.de

Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN

Vorsitzender: Dr. Christean Wagner
Friedrichstraße 35/V, 65185 Wiesbaden
Tel.: 0611/3601928, Fax: 0611/3601929
Organisationsbüro:
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Tel.: 0228/81007-30, Fax: 0228/81007-52
Internet: www.z-g-v.de
E-Mail: info@z-g-v.de

9 Impressum

Herausgeber und Verlag:

Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: 0228 81007-0
Telefax: 0228 81007-50/52
E-Mail: info@bdvbund.de
Internet: www.bund-der-vertriebenen.de

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Die Arbeit des „Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e.V.“ wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat gefördert aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Bonn, 14. Juni 2024



ZENTRUM
GEGEN
VERTREIBUNGEN

AUSSTELLUNG: „DIE GERUFENEN“
Deutsches Leben in Mittel- und Osteuropa

AUSSTELLUNG: „ERZWUNGENE WEGE“
Flucht und Vertreibung im Europa des 20. Jahrhunderts

AUSSTELLUNG: „ANGEKOMMEN“
Die Integration der Vertriebenen in Deutschland

AUSSTELLUNG: „VERSCHWUNDEN“
Orte, die es nicht mehr gibt

AUSSTELLUNG: „IN LAGERN“
Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941-1955



ZgV - Zentrum gegen Vertreibungen

Organisationsbüro:

Godesberger Allee 72-74 | 53175 Bonn | Telefon: 0228 - 81007-0 | E-Mail: info@z-g-v.de

Besuchen Sie uns auch auf unserer Homepage: www.z-g-v.de

Auszug aus dem rechnerischen Verwendungsnachweis für das Haushaltsjahr 2023

Hinweis: Der BdV ist institutioneller Zuwendungsempfänger des Bundes und als eingetragener Verein gemäß seiner Satzung gemeinnützig und mildtätig im Sinne der Abgabenordnung (AO).

Einnahmen 2023 (IST) (in 1.000 EUR)

Verwaltungseinnahmen	111
Institutionelle Förderung	1.097
Projekt-Einnahmen	2.537
Gesamteinnahmen	<u>3.745</u>

Ausgaben 2023 (IST) (in 1.000 EUR)

Personalausgaben	823
Sächliche Verwaltungsausgaben	338
Investitionen	0
Projekt-Ausgaben	2.537
Gesamtausgaben	<u>3.698</u>
Überschuss	<u>47</u>

Hinweis: Der Überschuss wurde entsprechend der haushaltrechtlichen Bestimmungen nach Rücksprache mit dem Fördergeber ins Folgejahr übertragen und auf die institutionelle Förderung angerechnet.